Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

276 (25.11.1918)

Visual Library

No. 276. Karlsruhe, Montag den 25. November 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼jährl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1,35 M bezw. 4.05 M, vorauszahlbar

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme ½9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die National-Versammlung.

Kiel, 24. Nov. In einer von etwa 800 Vertrauensleuten aller Formationen und Schiffe besuchten Versammlung schilderte der Gouverneur Noske die politische Lage und besprach die Versuche, die Reihen der Arbeiter und Soldaten durch Zwietracht zu zersplittern. Seine Angaben über den letzten Handstreich der Spartakusleute in Berlin versetzten die Versammelten in lebhafte Entrüstung, die keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß sie die Anmaßung des sog. Vollzugsrats, neben oder über der Regierung seinen Willen durchzusetzen und dem deutschen Volke aufzuzwingen, auf das entschiedenste zurückzuweisen entschlossen sind.

Berlin, 23. Nov. Der Volksbeauftragte Ebert äußerte sich heute gegenüber dem Berliner Vertreter der „Weserzeitung" über die Einberufung der Nationalversammlung folgendermaßen: In unserer programmatischen Erklärung vom 12. 11. hat sich die Regierung für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung erklärt, die auf Grund des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts auf Grund des Proportionalsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zusammengesetzt werden soll. Ich kann Ihnen nur erklären, daß wir an dieser Auffassung auch heute noch entschlossen festhalten. Es sind mir gerade in den letzten Tagen von Arbeiter- und Soldatenräten aus dem ganzen Reiche und aus den besetzten Gebieten und von Gewerkschaften und Parteiorganisationen Kundgebungen in großer Anzahl zugegangen, die sich alle entschieden gegen eine Diktatur und für die Berufung der Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts aussprechen.

Berlin, 23. Nov. Eine Versammlung von 3000 Studierenden faßte einstimmig eine Entschließung, in der sie sich der gegenwärtigen provisorischen Regierung zur Verfügung stellt, soweit diese nicht-sozialistischen Kreisen die Teilnahme an der Leitung der Staatsgeschäfte zubilligt. Sie fordert die baldige Einberufung der Nationalversammlung und die Bildung einer studentischen Vertretung, die die Aufgabe hat, die Interessen der Studentenschaft bei allen zuständigen Stellen, vor allem auch diejenigen der aus dem Felde heimkehrenden Studierenden wahrzunehmen. Sodann wurde ein Begrüßungstelegramm an die Studentenschaft Deutsch-Oesterreichs abgesandt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach dem Falle der Landesgrenzen die deutsch-österreichischen Studenten sich den gemeinsamen Aufgaben in gleicher Weise widmen können.

WTB. Berlin, 23. Nov. Auf das Telegramm des hessischen Staatsminister Ullrich hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort gesandt: Durch Ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin, hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen bei der weiteren Aufrichtung des Reiches Wert legt. Sie sieht in der Nationalversammlung ebenfalls das vollkommenste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt oder eines Bundesstaates, sondern nach der solidarischen Entwicklung eines einheitlichen Deutschlands.

*

Für die Nationalversammlung gegen die Diktatur

hat sich der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens ausgesprochen. An den Parteivorstand in Berlin sind folgende Telegramme abgegangen:

„In Mannheim beschlossen 5000 Volksversammelte der beiden Richtungen einstimmig eine Kundgebung für den Mehrheitsentscheid durch die Nationalversammlung und schleunigste Ausschreibung der Wahlen."

Das zweite Telegramm lautet:

„Der Landesvorstand Badens erhebt Protest gegen die im Zirkus Busch in Berlin angenommene Resolution, nach der die Einberufung der Nationalversammlung verhindert werden soll. Was gedenkt die Parteileitung gegen diesen Terror zu tun? Die Entscheidung in dieser hochwichtigen Frage haben nicht Berliner Genossen, sondern die Parteigenossen des ganzen Reiches zu treffen."

Der Waffenstillstand.

Spaa, 21. Nov. (WTB. Nicht amtlich.) General von Winterfeldt übergab in der heutigen Vollsitzung der Waffenstillstands-Kommission folgenden Protest: Eine deutsche Heeresgruppe meldet: Entgegen den Zusagen zu den Waffenstillstandsbedingungen, wonach die Truppen unserer Gegner unsern Truppen derart folgen sollen daß eine Sicherheitszone von 10 Kilometern zwischen den gegenüberstehenden Streitkräften gewahrt bleibt, sind französische Truppen bereits am 17. November 6 Uhr abends in Schlettstadt eingerückt und haben dort erstens das 2. Ersatz-Batl. Regt. 4, zweitens den Divisions-Bautrupp und drittens das Uebergabekommando für den Armeenachrichtenpark Schlettstadt unter Leutnant Schafiert festgehalten und interniert. Die nach Schlettstadt gesandten Parlamentäre sind unverrichteter Sache zurückgekehrt. Ebenso führte ein an die Heeresgruppe Castelnau gerichteter Funkspruch um Freigabe der internierten Truppen zu keinem Ergebnis. Eine Berechtigung zur Festnahme der aufgeführten Truppenteile lag nicht vor.

Berlin, 25. Nov. Laut „Berl. Lokalanz." ziehen seit gestern Morgen große Truppenmassen durch Köln, umjubelt von der Bügerschaft und den Schulkindern. Der Durchmarsch wird bis zum 4. Dezember andauern. Zur Beförderung der Truppen vom Oberrhein zum Niederrhein sind alle Verkehrsmöglichkeiten erschlossen.

Berlin, 24. Nov. Von gut unterrichteter Seite erfahren wir folgende Tatsachen, die mit eindringlicher Deutlichkeit zeigen, mit welchem unversöhnlichen Haß und Mißtrauen der Franzose die Waffenstillstandsbedingungen durchzuführen gedenkt: Der deutsche Delegierte bei der Waffenstillstandskommission in Spaa hat einen außergewöhnlich schweren Stand. Marschall Foch besteht in allem auf seinem Schein und hält seine Vertreter an, die Erfüllung der ungeheuerlichen und zum größten Teil praktisch unausführbaren Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens rücksichtslos durchzudrücken. Alle von den deutschen Vertretern vorgebrachten Beweisführungen und Vorstellungen bleiben gänzlich erfolglos. Der Gegner will sich eben nicht überzeugen lassen und verhält sich Tatsachen gegenüber, die bei jedem militärischen Sachverständigen oder jedem Kenner wirtschaftlicher Verhältnisse ohne weiteres überzeugend wirken müßten, gänzlich ablehnend. Die Folgen der Durchführung der maßlosen Bedingungen auf das Wirtschaftsleben, auch auf das der Entente, sowie die Ernährung und die inneren politischen Zustände des deutschen Volkes sind unausbleiblich. Sie haben trotz eindringlichster Darlegungen durch die deutschen Vertreter bisher nicht die gewünschte Beachtung gefunden. Das deutsche Volk wird sich keinerlei Illusionen hingeben dürfen. Es hat einen erbarmungslosen Feind vor sich, der nicht verhandeln, sondern diktieren will, der nicht an Völkerversöhnung denkt, sondern mit roher Gewalt einen Teil der Vorteile, die er vom Friedensschlusse erwartet, schon während des Waffenstillstandes in die Scheuern zu bringen hofft. In der Sitzung vom 21. 11. hat der Vorsitzende der deutschen Kommission, General von Winterfeld, noch einmal feierlichst gegen eine derartige unmenschliche Durchführung eines Waffenstillstandes Protest erhoben. Der Protest wurde von dem französischen Vorsitzender mit den Worten entgegengenommen: Il n'y a pas de réponse à donner (eine Antwort erübrigt sich).

WTB. Berlin, 23. Nov. Wie von einem Teilnehmer berichtet wird, tagte vom 20. bis 22. November die Kommission zur Ueberwachung der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen auf maritimem Gebiete unter dem Vorsitze des englischen Vizeadmirals Robert Geves und unter Beteiligung englischer, amerikanischer, italienischer, belgischer, französischer und deutscher Vertreter. Hierbei wurde von deutscher Seite der Auffassung über de § 28 des Waffenstillstandsvertrages dahin Ausdruck gegeben, daß sämtlich übernommenen Schiffswerften, Werkstätten und Material an Ort und Stelle belassen und von der Entente in Verwahrung genommen werden. Der englische Admiral stimmte der Auffassung zu, betonte aber, daß die endgültige Entscheidung bei der Friedenskonferenz liege.

Französischer Rachedurst.

WTB. Bern, 22. Nov. (Nicht amtlich.) Während der französischen sozialistischen Presse die Kommentare zu den Vorgängen in Deutschland in der letzten Zeit untersagt worden waren, sich auch zur Solf-Note nicht äußert, sprechen sich die reaktionären Blätter gegen dieselbe in sehr scharfer Weise aus. Bemerkenswert ist, daß die Solf-Note erst gestern veröffentlicht werden durfte, und zwar nach einer Uebersetzung aus der „Times". Die nationalistischen Blätter meinen, diese Note sei ein Erpressungsversuch und müsse als solcher glatt abgewiesen werden. Deutschland müsse sich endlich darin schicken, daß es glatt kapituliert habe, besiegt sei und sich fügen müsse. „Petit Parisien" meint, die Hungersnot in Deutschland könne ja nicht so arg sein, da der deutsche Boden bestellt worden sei. Das rollende Material, das Deutschland herausgeben soll, sei den Alliierten gestohlen worden. Die Deutschen sind und bleiben Banditen, ihr Schicksal berührt uns nicht. Nur die Interessen der Alliierten sind zu berücksichtigen. Mit wilden Tieren soll man nicht schonend umgehen. Schließlich verlangt das Blatt, daß die Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen von seiten der Deutschen, wie sie bei den von den Deutschen verursachten Explosionen auf dem Brüsseler Bahnhof vorgekommen sei, nachdrücklich bestraft und zu Repressalien ausgenützt werden soll. „Echo de Paris" meint, man brauche die deutsche Note nicht weiter zu berücksichtigen. Sie gebe Aufschluß über die Doppelsinnigkeit des Feindes. Deutschland sei wie ein verwundetes Tier und versuche, die schwachen Stellen des Gegners zu entdecken. Wenn Deutschland mit dem Bolschewismus drohe, so wisse die Entente, daß das Uebel in Rußland zu suchen sei und dort niedergeworfen werden müsse.

Ein Stück sozialer Revolution.

Karlsruhe, 25. November.

Wirtschaftlich unerfahrene Leute haben in den Organen der Unabhängigen gefordert, die jetzige Regierung solle sofort daran gehen, in der gleichen Weise wie die Durchführung der politischen Demokratie auch die Sozialisierung der Wirtschaft durch Dekrete herbeizuführen. Mindestens die industriellen Großbetriebe müßten sofort in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden — die finanzielle Auseinandersetzung mit den bisherigen Eigentümern könne einstweilen verschoben werden. Diesen sozial-dilettantischen Bolschewisten tritt in der „Freiheit", dem Berliner Organ der Unabhängigen, K. Kautsky, mit größter Schärfe und zwingenden Gründen entgegen:

„In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heißt das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heißt ein Uebergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stocken bringen. Eine solche Art Sozialisierung gerade jetzt im Momente der Demobilisierung durchführen, oder auch nur fordern, hieße Deutschland in ein Tollhaus verwandeln."

Läßt sich also auf diese Weise nicht sozialisieren, so muß gleichwohl die demokratische Revolution, die erfolgreich durchgefochten ist, notwendigerweise in eine soziale und sozialistische umschlagen, wenn daran, wie in unserem Falle, das Proletariat als ausschlaggebende Kraft beteiligt gewesen ist. Das Kabinett hat das auch vollkommen zutreffend erkannt und sofort eine Reihe sozialer Reformen verordnet. Dazu gehören die Aufhebung der Gesindeordnungen und der Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter und die Beseitigung des Hilfsdienstgesetzes, das allerdings für die jetzt angebrochene Zeit des Arbeitsmangels ohnedies keine wesentliche Bedeutung mehr gehabt hätte; ferner hat die Regierung alle während des Krieges außer Kraft gesetzten sozialen Schutzbestimmungen wieder in Kraft gesetzt und die unmittelbare Einführung des allgemeinen, gesetzlichen Achtstundentages angekündigt.

Aber noch ehe dieses Gesetz über den Achtstundentag herausgekommen ist, haben ihn wetteifernd mit der Regierung die Gewerkschaften durchgesetzt. Die Verhandlungen zwischen den Zentralverbänden und den maßgebenden Unternehmerorganisationen haben schon vor Ausbruch der Revolution begonnen gehabt, und in Unkenntnis der Sachlage höhnten damals unabhängige Blätter, die Gewerkschaftsführer wollten Bundesgenossen von Stinnes werden. Jetzt liegt der Oeffentlichkeit das vor, was diese Gewerkschaftsführer mit Stinnes ausgemacht haben, und man muß sagen, daß dieser Vertrag auf sozialem Gebiet eine ebensolche Umwälzung hervorbringt, wie sie die Revolution auf politischem Gebiet hervorgebracht hat. Die Unternehmer und Unternehmerverbände erkennen unumwunden die Koalitionsfreiheit und die Gewerkschaften als berufene Arbeitervertretung an, verzichten auf jede Förderung der gelben Werkvereine, bekennen sich rückhaltlos zu Arbeiterausschüssen, Schiedsgerichten und Tarifverträgen, und führen im ganzen Bereich ihrer Verbreitung den allgemeinen Achtstundentag sofort durch. Der Achtstundentag! Schon den Zehnstundentag hat Karl Marx als den Sieg eines Prinzips gefeiert. Um wieviel mehr trifft diese Kennzeichnung für den Achtstundentag zu, für die Erfüllung der Forderung, für welche die Arbeiterklasse am 1. Mai demonstriert hat. Für die Gesundheit, die allgemeine soziale Hebung und die geistige Weiterbildung jedes einzelnen Arbeiters und der gesamten proletarischen Klasse ist die Erringung des Achtstundentages ein ungeheurer, gar nicht hoch genug zu veranschlagender Fortschritt.

Die ganze Größe des Umschwungs, der nötig war, um zu dieser Vereinbarung zu gelangen, wird durch die Namen veranschaulicht, welche diese Magna charta der Arbeit unterschrieben haben. Die Anerkennung der Gewerkschaften und des Achtstundentages, des paritätischen Arbeitsnachweises und der konstitutionellen Fabrik ist unterzeichnet von Hugo Stinnes, von den Vertretern Krupps, vom Bergrat Hillger für die oberschlesischen Grubenherren, von der Firma Siemens, einer Hauptschützerin der Gelben, von Rathenau und Deutsch für die A. E. G. usw. Anerkannt haben den Vertrag sämtliche Zechenverbände, alle Organisationen der Metallindustriellen, die Textilbarone, die Schlossereien, Bäckereien und Steindruckereien die Giftkönige der chemischen Industrie. Es dürfte schwerlich einen Betrieb in Deutschland geben, welcher sich dem moralischen Druck dieser Vereinbarungen entziehen kann.

Die Reichsregierung hat durch ihre Mitunterzeichnung des Vertrages seine hohe Bedeutung bekräftigt; sie hat für seine weiteste Verbreitung im In- und Auslande gesorgt und die Leiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe angewiesen, sich nach diesem Vertrag zu richten. Das geschlagene Deutschland kann nun auf die Friedenskonferenz auch mit einer Forderung treten, hinter der eine Macht steht: mit dem Verlangen nach internationaler Durchführung dieser Grundsätze der Arbeiterfreiheit. Lassen sich diese Gewerkschaftsgedanken auch international ausbreiten, dann ist für raschen, weiteren Fortschritt des sozialen Neubaus in Deutschland die Bahn frei.

Friedensangebote?

Berlin, 22. Nov. Der bayerische Finanzminister Dr. Jaffe übergibt dem „Berliner Tageblatt" folgende sensationelle Erklärung: Um keine Verdunklung der Tatsachen eintreten zu lassen, erkläre ich hiermit im „Berliner Tageblatt", daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein von dem Genfer Vertrauensmann des Präsidenten Wilson mir übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Staatssekretärs v. d. Busche weitergeleitet habe. Dieser hat sich damals mir gegenüber verpflichtet, es an den Staatssekretär v. Kühlmann weiterzugeben. Eine Woche später ist ein entsprechendes Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn in die Hände des Grafen Czernin übergeben worden. Auf beide Angebote ist trotz mehrfacher Anfragen der mit der Uebermittlung betrauten Personen weder von Deutschland noch von Oesterreich-Ungarn eine Antwort erfolgt.

Hierzu erscheint nun eine recht gequälte, den Stempel der Ausrede an der Stirn tragende Erläuterung des WTB.:

Berlin, 22. Nov. Zu den Meldungen über ein angebliches amerikanisches Friedensangebot im Herbst 1917 erfahren wir zuverlässig folgendes: Es wurden damals allerdings durch Herrn Jaffe gewisse Mitteilungen im auswärtigen Amt gemacht, die auch sehr aufmerksam geprüft wurden. Es handelte sich jedoch, wie die Prüfung ergab, um nicht genügend autorisierte Mitteilungen, die Jaffe von einem Amerikaner in der Schweiz erhalten hatte. Der betreffende Amerikaner galt damals für nicht allzu zuverlässig. Diese Auffassung von ihm wurde durch spätere Vorgänge bestätigt. Als man der Sache nachging, stellte es sich heraus, daß die Beziehungen, die er angeblich zu Wilson haben wollte, nicht so waren, wie er angab.

Man kann gleich im Milieu bleiben, denn von anderer Seite geht uns folgende Nachricht zu:

WTB. Berlin, 23. Nov. Der Bund „Neues Vaterland" ersucht um Verbreitung folgender Notiz: Der Bund „Neues Vaterland" weist die vom WTB. verbreitete Meldung, daß einer der Feinde Deutschlands jemals im Weltkriege ein Friedensangebot gemacht habe, energisch zurück. Den Beweis, daß England im Frühjahr 1915 Friedensverhandlungen einzuleiten versucht hat, wird der Bund demnächst in einer besonderen Broschüre veröffentlichen.

Das Erscheinen dieser Broschüre muß man natürlich abwarten, ehe man die alte Regierung mit einem neuen Anklagepunkt belasten kann. Verhielt es sich so, wie das „Neue Vaterland" es behauptet, dann wäre allerdings merkwürdig, daß noch kein englischer Minister, besonders der ehemalige Minister des Auswärtigen, Lord Grey, ein deklarierter Friedensfreund, von diesem Angebot gesprochen hat. Die Behauptung des WTB., daß überhaupt während des Krieges kein Friedensangebot von der westlichen Entente erfolgte, wird die alte Regierung angesichts der Anklagen des jetzigen bayerischen Finanzministers Jaffe indessen schwerlich aufrecht erhalten können.

Erklärung und Gegenerklärung.

Köln, 23. Nov. (WTB. Nicht amtlich.) Die „Köln. Ztg." bringt folgendes Telegramm aus Berlin: Im „Berliner Tageblatt" teilt der Minister des Volksstaates Bayern, Professor Jaffe mit, er habe im Spätherbst des Jahres 1917 ein ihm vom Genfer Vertrauensmann Wilsons übergebenes Friedensangebot der Regierung der Unionstaaten an den Unterstaatssekretär von dem Busche weitergeleitet. Dieser habe sich damals verpflichtet, es dem Staatssekretär v. Kühlmann weiterzugeben. Auf dieses Angebot ist von Deutschland keine Antwort erfolgt.

Hierzu kann ich nach Erkundigung an amtlicher Stelle folgendes mitteilen: Jaffe sprach in der Tat am 10. Dez. 1917 bei von dem Busche im Auswärtigen Amt vor und und legte seine Ausführungen in einem längeren Schriftstück nieder. Jaffe berichtete über seine Unterredung mit dem ihm befreundeten amerikanischen Professor Herron in Genf, wonach dieser auf persönlichen Wunsch Wilsons vom sogenannten Permanent Commitee in Paris den Auftrag erhalten habe, durch seine Vertrauensmänner mit den Regierungen der Zentralmächte Verbindungen zu suchen und ihnen Mitteilungen über die Ansichten Wilsons zu machen, der wünsche, bevor die letzten Konsequenzen gezogen werden müßten, zum Frieden mit den Zentralmächten zu gelangen. Daraufhin wies Rüglmann sofort die Gesandtschaft in Bern an, mit Herron in Verbindung zu treten. Ein Mitglied der Gesandtschaft, das die amerikanischen Verhältnisse genau kennt, hatte am 18. November ein eingehendes Gespräch mit Herron, wobei es sich ergab, daß dieser keinerlei Ermächtigung zu Verhandlungen hatte, daß eine Fortsetzung der Unterhandlungen von deutscher Seite danach unmöglich war. Wenn Herron wirklich Einfluß auf die leitenden Kreise Amerikas hatte, so hätten diese aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung sofort auf die Anregung Herrons ernstlich einging, die Möglichkeit zu weiteren, greifbareren Eröffnungen ableiten können.

Zu dieser Erklärung wird wohl der bayerische Finanzminister Jaffe auch noch ein Wörtchen zu sagen haben.

Deutsches Reich.

Französischer und englischer Redner auf einer A.S.R.-Versammlung in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 19. Nov. Im Bürgersaal des hiesigen Rathauses tagte dieser Tage unter dem Vorsitz des Genossen Harris eine Vertreterversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Bezirk des 18. Armeekorps, der als Gäste je ein französischer und englischer Soldat beiwohnten. Der französische Genosse Dr. Linval (Paris) hielt eine begeisterte Rede für internationale Verständigung, für den internationalen Sozialismus, die Genosse Wendel übersetzte. Dr. Linval fand es für ein Gefühl der Pflicht, hierherzukommen und die unterbrochene Kette der Internationale wieder aufs neue zusammenzuschmieden. Im gleichen Sinne äußerte sich der Engländer Turnbull und versprach, in London dafür einzutreten, daß Deutschland mit Fett versorgt würde. Sodann ergriff Genosse Hüttmann das Wort, der die den Versammelten vorgelegte Resolution in längeren Ausführungen begründete. Für den Soldatenrat sprach Genosse Weidner und betonte, daß diese neue Gewalt keine Vergewaltigung, keine Diktatur wünsche, sondern nur die Mitarbeit des ganzen Volkes an dem neuen Aufbau des Reiches herbeiwünsche. Es sprachen ferner noch Genosse Wendel über die Aufgaben des Nachrichtenamtes, Dr. Hochstädter über Justizmaßnahmen, Genosse Harris über die Behandlung der Kriegsgefangenen. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion kamen die verschiedenen Meinungen über die Diktatur des Proletariats und die Einberufung der Nationalversammlung zur Erörterung. Die Mehrzahl der Redner lehnte eine Diktatur ab und verlangte die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung. Die vorgelegte Entschließung wurde angenommen.

Berlin, 24. Nov. Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird mitgeteilt, daß der Volksschullehrer Menzel-Dahlem, der bekannte Schulpolitiker und Vertrauensmann der deutschen Lehrerschaft, in das neue Ministerium berufen worden ist und schon in den nächsten Tagen seine Tätigkeit daselbst aufnehmen wird.

Berlin, 25. Nov. In Dresden fanden gestern die allgemeinen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat statt. Nach den bisherigen Feststellungen des Wahlkomitees fallen laut „Vorwärts" von den abgegebenen Stimmen 88 473 auf die sozialistische Mehrheitspartei, 5500 auf die Unabhängige Sozialdemokratie. Wahrscheinlich wird die Mehrheitspartei 47, die Unabhängige Sozialdemokratie 3 Sitze im Arbeiter- und Soldatenrat erhalten.

Die „Berl. Morgenpost" bezeichnet die Dresdener Zahlen als lehrreich. Sie beantworten die Frage, wo die Massen ständen. Um das für die radikalste Gruppe geradezu vernichtende Abstimmungsergebnis richtig zu würdigen, müsse man wissen, daß das Königreich Sachsen stets als Hochburg der Unabhängigen Sozialdemokratie gegolten habe.

Der Postverkehr der Truppen.

WTB. Berlin, 22. Nov. Die Truppen, die nach ihrem Friedensstandort zurückkehren oder einen anderen Standort beziehen, haben sich ihre Postsachen nicht mehr unter ihrer Feldpostadresse (Feldpostnummer), sondern nach ihrem Standort zusenden zu lassen, also unter Angabe des Empfängers, des Truppenteils und des Standortes. Außerdem haben sich diese Truppen sogleich beim Postamte ihres Standortes anzumelden. Bis dahin ist eine Postbeförderung an Heeresangehörige während des Rückmarsches unmöglich.
Kriegsminister. J. A. Wrisberg, Unterstaatssekretär Gohre.

Die Versorgung des Heeres.

WTB. Berlin, 22. Nov. Die Aufrechterhaltung der Versorgung des Heeres mit Bekleidung und Ausrüstung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die Bestände der Truppenteile, Behörden, Bekleidungsämter und Bekleidungs-Instandsetzungsämter vorgenommen werden. Verfügungen nicht zuständiger Behörden, ebenso von Arbeiter- und Soldatenräten über die Ausgabe von Bekleidungsstücken müssen daher im Interesse der Allgemeinheit unbedingt unterbleiben. Soweit solche getroffen worden sind, müssen sie sofort rückgängig gemacht werden.

Göhre Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

WTB. München, 23. Nov. Auf die Bitte des Erzbischofs Faulhaber, der hl. Vater möge sich an die Ententeregierungen um Aufhebung der Blockade wenden und sich für die Einführung von Lebensmitteln nach Deutschland bemühen, ist nachstehende Antwort des päpstlichen Staatssekretariats eingelaufen: Seine Heiligkeit, welche sich bereits beim Präsidenten der Vereinigten Staaten um ie Milderung der Waffenstillstandsbedingungen und für die Lebensmittelversorgung Deutschlands verwendet hatte, hat auch jetzt sogleich bei dem amerikanischen und französischen Episkopat, sowie bei der englischen Regierung Schritte getan.

Berlin, 23. Nov. Auf der Durchreise von der Westfront nach Berlin weilten fünf amerikanische Journalisten in Frankfurt a. M. Bei der Zusammenkunft am Abend nach einem Besuch des Arbeiter- und Soldatenrates sagte einer der amerikanischen Herren, wie verschiedene Berliner Morgenblätter berichten: Sobald erst Amerika die Waffenruhe und die Disziplin der deutschen Revolution erfahren hat, wird eine vollständige Sinnesänderung der Amerikaner eintreten. Die amerikanischen Korespondenten würden in Berlin von dem Staatssekretär Scheidemann empfangen werden.

*

Der Rückmarsch des Heeres.

Düsseldorf, 23. Nov. (WTB. Nicht amtlich.) Die Fronttruppen erreichten jetzt auch den Niederrhein. Nachdem in den letzten Tagen große Züge Bagagewagen, Automobilkolonnen, Sanitätsfuhrwerke, Pferdetransport und kleinere Abteilungen Fußtruppen von der Etappe den Rhein überschritten hatten, traf heute die Spitze der 4. Armee Sixt von Armin geschlossen und in guter Ordnung hier ein. Die Rheinbrücke und zahllose Häuser der Stadt trugen Begrüßungsinschriften und Blumenschmuck. In allen Straßen sind Flaggen gehißt. Den Heimkehrenden wird ein herzliches Willkommen von der Bürgerschaft bereitet. Dank den getroffenen Maßregeln vollzieht sich der gewaltige Verkehr, der meist um die innere Stadt herumgeleitet wird, ohne Störung. Nur der Betrieb der elektrischen Vorortbahnen über die Rheinbrücke ist zeitweilig eingestellt.

Köln, 23. Nov. An der Spitze der 6. Armee hat heute die deutsche Jägerdivision, die zu Beginn der großen deutschen Offensive gegen Italien aus einer Anzahl Jägerbataillone zusammengestellt wurde und eine kurze, aber ruhmreiche Vergangenheit hat, das Weichbild der Stadt Köln erreicht. Der Einmarsch durch die reichgeschmückten Straßen gestaltete sich zu einem jubelnden und herzlichen Empfang seitens aller Kreise der Bevölkerung.

Ausland.

WTB. London, 22. Nov. (Nicht amtlich.) Reuter. Handley Page, der bekannte Fabrikant von Bombenflugzeugen, rüstet jetzt Flugzeuge zum Luftdienst über den Kanal aus, der demnächst eröffnet werden soll. Die Flugzeuge werden 20 Passagiere aufnehmen und können elektrisch geheizt werden. Man denkt den Luftdienst von London bis Brindisi auszudehnen.

Oesterreich.

WTB. Krakau, 23. Nov. Die polnische Telegraphen-Agentur meldet: Die Division des Generals Rozwadowski erhielt die Meldung, daß die polnischen Truppen heute früh die Stadt Lemberg und Umgebung eingenommen haben.

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier. 65

(Fortsetzung.)

Es ist etwas höchst Schmerzliches, einen schon Verschiedenen noch für lebend auszugeben und ihm Dinge zuzuschreiben, als ob er noch im Dasein wäre. Mein Onkel wich vor dieser Notwendigkeit nicht zurück.

„Gehen Sie wieder hinunter, Herr Minxit, ich bitte Sie darum. Mit Arabella geht es besser, sie schläft; Ihr plötzliches Erscheinen könnte eine tötliche Krisis hervorrufen."

„Ich sage dir, Elender, daß ich meine Tochter sehen will!" rief Herr Minxit und er drückte so gewaltsam gegen die Tür, daß die Schließklappe des Schlosses auf das Steinpflaster hinabfiel.

„Nun wohl," sagte Benjamin, ihn noch immer zu täuschen hoffend, „Sie sehen es, Ihre Tochter schläft sanft und ruhig. Sind Sie nun zufrieden und wollen Sie wieder hinabgehen?"

Der unglückliche Greis warf einen Blick auf seine Tochter.

„Du hast mich belogen!" rief er mit einer Stimme, bei der Benjamin unwillkürlich zu zittern begann, „sie schläft nicht, sie ist tot."

Er warf sich über ihren Körper und drückte sie krampfhaft an seine Brust.

„Arabella!" rief er, „Arabella! Arabella! O, mußte ich sie so wiederfinden, sie, meine Tochter, mein einziges Kind! Gott läßt die Haare des Mörders ergrauen und nimmt einem Vater sein einziges Kind! Wie kann man uns sagen, Gott sei gut und gerecht!" Dann verwandelte sich sein Kummer plötzlich in Zorn gegen meinen Onkel. „Du, elender Rothery, bist die einzige Ursache, daß ich sie Herrn von Pont-Casse verweigert habe. Ohne dich wäre sie verheiratet und voller Leben."

„Scherzen Sie?" erwiderte mein Onkel. „Trage ich die Schuld, daß sie sich in einen Musketier verliebt hat?"

Alle Leidenschaften rühren nur von dem Blute her, das sich nach dem Gehirne zusammenzieht. Herrn Minxits Vernunft litt unstreitig unter der Bemühung dieses mächtigen Schmerzes, aber in dem Paroxismus seines Wahnsinns öffnete sich die Ader wieder, die sich nach dem von meinem Onkel vorgenommenen Aderlasse so eben erst geschlossen hatte. Benjamin sieht das Blut rinnen und bald folgte dieser Ueberfülle des Lebens eine heilsame Ohnmacht und rettete den armen Greis. Benjamin gab dem Besitzer des Windspiels Aufträge und Geld, damit Arabella und ihr Geliebter ein anständiges Begräbnis erhielten; darauf setzte er sich neben dem Bette des Herrn Minxit fest und wachte über ihn wie eine Mutter über ihr krankes Kind. Herr Minxit schwebte drei Tage zwischen Leben und Grab; aber dank der geschickten und liebevollen Behandlung meines Onkels legte sich dieses ihn aufreibende Fieber nach und nach und bald war er imstande, nach Corvol zurückgeschafft zu werden.

21. Ein letztes Fest.

Herr Minxit besaß eine dieser vorsündflutlichen Konstitutionen, die aus solideren Stoffen als die unserigen gebildet zu sein scheinen. Er gehörte zu diesen lebenskräftigen Pflanzen, die noch eine frische Vegetation behalten, wenn die anderen in der Winterkälte schon längst dahingewelkt sind. Die Runzeln hatten diese granitne Stirn nicht anzutasten vermocht. Eine lange Reihe von Jahren war über sein Haupt dahingegangen, ohne auf ihm ein Zeichen der Abnahme zurückzulassen; er war über sein sechzigstes Jahr hinaus jung geblieben und sein Winter war, wie der der Tropen, noch immer voller Saft und Blüten; aber Zeit und Unglück vergessen Niemanden. Der Tod nach ihrer Flucht und der plötzlichen Enthüllung ihrer Schwangerschaft hatte diese mächtige Organisation mit einem tötlichen Schlage getroffen; ein langsames Fieber untergrub ihn im Geheimen. Er hatte auf diese lärmenden Genüsse verzichtet, die aus seinem Leben eine lange Festtreibe gemacht hatten. Er hatte die Arzneikunst wie ein unnützes Hindernis aufgegeben. Die Gefährten seiner langen Jugend achteten seinen Schmerz und ohne aufzuhören, ihn zu lieben, hatten sie aufgehört, ihn zu besuchen. Sein Haus war wie ein Grab stumm und verschlossen, und kaum warf es durch einige halboffene Schalderladen verstohlen einige Blicke auf das Dorf. Die Höfe hallten nicht mehr von dem Lärm der Gehenden und Kommenden wieder; die ersten Gräser des Frühlings hatten den Platz vor dem Hause überwuchert; Hauspflanzen wuchsen die Mauern entlang und überkleideten sie mit üppigem Grün. Diese arme Seele voller Trauer hatte nur noch Dunkelheit und Schweigen nötig. Er hatte es wie das Rotwild gemacht, das sich in die Tiefe des Waldes zurückzieht, sobald es sterben will. Der Frohsinn meines Onkels war an dieser unheilbaren Schwermut gescheitert. Herr Minxit beantwortete seine heiteren Scherze nur durch ein düsteres und trauriges Lächeln, wie wenn er ihm sagen wollte, daß er ihn verstanden hätte und ihm für seine gute Absicht dankte. Mein Onkel hatte auf den Frühling gerechnet, um ihn zum Leben zurückzuführen; aber dieser Frühling, welcher die ganze dürre Erde mit Blumen und Grün bedeckt, vermag in einer trostlosen Seele nichts wieder aufsprossen zu lassen, und während alles wieder Leben erhält, stirbt der arme Mensch langsam dahin.

An einem Abende des Monats Mai ging er, auf Benjamins Arm gestützt, in seiner Wiese auf und ab. Der Himmel war hell, die Erde grün und balsamisch, die Vögel flatterten mit einem harmonischen Rauschen ihrer Flügel zwischen dem Schilfe am Bache, und das von den Hagedornblüten ganz bedeckte Wasser murmelte unter den Wurzeln der Weiden.

„Ein wunderbar schöner Abend," sagte Benjamin, indem er Herrn Minxit aus dieser düsteren Träumerei, die seinen Geist wie ein Leichentuch umhüllte, zu reißen suchte.

„Ja," erwiderte dieser, „ein schöner Abend für den armen Landmann, der mit der Hacke auf seiner Schulter durch zwei blühende Hecken hindurch auf seine rauchende Hütte zugeht, in der ihn seine Kinder erwarten; aber für den Vater, der um seine Tochter Trauer trägt, gibt es keine schönen Abende mehr."

(Fortsetzung folgt.)

Eine deutsche Note an die Gegner.

B Berlin, 23. Nov. (WTB.) An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

„Im Vertrauen auf die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens wandte sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Wilson. An Stelle der erwarteten, von Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und vom Wunsche einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrsch ent Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie wollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schwergeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere feierlichen Proteste gegen dieses der Menschlichkeit hohnsprechende Verfahren sind ungehört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet sein, dem Deutschen Reiche den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden inzwischen klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr stichhält, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung steht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen ein Attentat gegen die Grundsätze der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es den Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt, als auf Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.

Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wandte sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk einen Anfang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die gehetzten und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung von unerfüllbaren Waffenstillstandsbedingungen ins Unrecht zu setzen und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn der Friede als Rechtsfriede geschlossen werden soll, so darf den Entscheidungen in rechtlich strittigen Fragen nicht vorgegriffen werden. Die deutsche Regierung muß diesem vom Präsidenten aufgestellten Grundsatz gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßnahmen, ebenso wie das Verfahren der einzelnen Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.

Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung schärfsten Protest ein. Aus der Gesinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Frieden von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, wird aber nicht aufhören, das Leben und sein Recht zu fordern.

Berlin, 23. November 1918.

(gez.) Solf, Staatssekretär."

Baden.

Ein Telegramm des Prinzen Max von Baden an das Genfer Rote Kreuz.

Auf ein durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes an den Prinzen Max von Baden gerichtetes Ersuchen des englischen Roten Kreuzes, seinen Einfluß für bessere Behandlung und sofortige Heimreise der englischen Gefangenen geltend zu machen, hat der Prinz folgendes Telegramm abgesandt:

„Ich werde den Wunsch des englischen Roten Kreuzes an die zuständige Stelle weitergeben, getreu der Haltung, die ich seit Kriegsbeginn in der Gefangenenfrage eingenommen habe. Ich halte es aber für meine unabweisliche Pflicht, es offen auszusprechen, und Sie zu bitten, es dem englischen Roten Kreuze in meinem Namen mitzuteilen, daß die vom Geist der Unversöhnlichkeit erfolgten Waffenstillstandsbedingungen, die darauf hinauslaufen, Hungersnot und Auflösung aller Ordnung und endlich den Einmarsch der Alliierten in Deutschland herbeizuführen, notwendigerweise auf die Verpflegung und den Abtransport aller, auch der englischen, Gefangenen zurückwirken müssen. Erhebt das englische Rote Kreuz hiergegen Einspruch, so erachte ich es meinerseits als ein Amt der Menschlichkeit, für alle hochherzigdenkenden Engländer und ihre gleichgesinnten Verbündeten dahin zu wirken, daß sie sich selbst und ihre Länder von dem Makel befreien, ein Werk zu dulden, das das Stygma unritterlicher Vergewaltigung und unchristlicher Gesinnung für alle Zeiten tragen wird.

Gez. Max, Prinz von Baden."

Ein Aufruf der Nationalliberalen. Die nationalliberale Partei Badens veröffentlicht einen Aufruf an die badische Bevölkerung, in welchem u. a. gefordert wird, daß der Staat einen Weg finde, den Vermögenszuwachs, der im Krieg erzielt wurde, wieder dem Staate zurückzuführen. Freiheit des Koalitionsrechts und Freiheit der Religionsübung seien zu verlangen, ebenso der staatliche Ausbau aller Wasserkräfte, die Uebernahme der Elektrizitätswerke auf den Staat, die Verstaatlichung des Berg- und Hüttenwesens, der Kali- und Kohlengruben. Der Aufruf wünscht dann weiter eine Verbindung der Sparkassen durch eine zentrale Organisation, Uebergang der übermäßig großen Güter auf den Staat, Unterstützung des städtischen Mittelstandes, eine gesunde Wohnungspolitik für die Arbeiterschaft. Schließlich tritt der Aufruf für das Festhalten am Reichsgedanken ein.

Es wird einem ordentlich Angst vor so viel Freiheitsgedanken, die die Nationalliberalen da auf einmal entwickeln. Man wird jedoch gut tun, erst einmal die Taten der Nationalliberalen abzuwarten; ihre Kredit ist infolge ihrer bisherigen Leistungen nicht mehr derart groß, daß man ihren Aufrufen und schönen Worten so ohne weiteres Glauben schenken kann. Also: abwarten!

k. **Bruchsal**, 22. Nov. Erfreulicherweise haben sich die hiesigen Unternehmer auf den Standpunkt gestellt, bei Einstellungen zunächst ihre früheren Arbeitskräfte zu berücksichtigen und erst dann zu anderen zu greifen. Wie uns mitgeteilt wird, lassen leider nicht alle Unternehmer sich von diesen sozialen Rücksichten leiten. Es sollen Fälle vorgekommen sein, wo man unsere Krieger einfach mit einer Handbewegung abgewiesen hat. Wir möchten da doch an die Herren Unternehmer die dringende Bitte richten, ihren Dank an die Kämpfer, die 51 Monate draußen gestanden haben, die Heimat und Herd geschützt, in etwas anderer Form abzustatten. Unsere Krieger verdienen diese Rücksicht, ja, sie haben sogar einen Anspruch darauf. Vorerst mögen diese Zeilen genügen. Im Bedarfsfalle können wir auch deutlicher werden.

* **Freiburg**, 22. Nov. Am Mittwoch fand man auf dem Gelände zwischen der Hauptbahn- und der Höllentalbahnlinie die Leiche eines 60jährigen Bäckers vor. Ein Verbrechen soll ausgeschlossen sein. Offenbar hat sich der Verstorbene in der Dunkelheit verirrt und ist dabei in den Kronenmühlenrunzkanal gefallen. Nachdem er sich aus dem Kanal herausgearbeitet hatte, fand er den Tod durch Erfrieren.

* **Versteigerung von Militärpferden.** Durch das Eintreffen der Truppenteile von der Front hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine außerordentlich große Zahl von Pferden beschleunigt in das Wirtschaftsleben überzuführen. Das stellv. Gen.-Komm. hatte deshalb angeordnet, daß sämtliche dienstunbrauchbaren Militärpferde sofort meistbietend versteigert werden. Im Hinblick darauf jedoch, daß bei diesen Versteigerungen nur Schleuderpreise erzielt werden und dadurch unberechenbarer Schaden an Staatsgut entstehen würde, wurden die Truppenteile vom Gen.-Kommando ermächtigt, überzählige Pferde an die Bezirksämter und Bürgermeisterämter gegen Quittung leihweise abzugeben, die die Pferde wieder an bedürftige Landwirte und Gewerbetreibende weiter verleihen. Der Ankauf von Pferden versprengter Truppen usw. ist verboten.

Die neutrale Zone. Eine Mannheimer Firma erhielt auf ihre Anfrage über die Bedeutung des Begriffs „neutrale Zone", der „N. Bad. Ztg." zufolge, vom Staatssekretär Erzberger folgendes Antworttelegramm: „Neutrale Zone hat nur Bedeutung, daß kein Militär in diese gelegt werden darf. Wirtschaftsverkehr mit dem übrigen Deutschland und übrigen besetzten Gebieten bleibt unbehindert aufrecht erhalten. Beschlagnahme darf nicht stattfinden."

Der Arbeiter- und Soldatenrat Durlach

hatte auf Donnerstag abend eine Vollversammlung seiner Mitglieder und Vertrauensleute zu einer Aussprache einberufen, über die ständige, sozusagen hauptamtliche Mitwirkung einzelner Mitglieder des Arbeiterrats in den vom Soldatenrat eingerichteten Ausschüssen und ferner über die Gründung eines sogen. „Bürgerrates". Zu der Versammlung war auf Einladung Verkehrsminister Rückert erschienen. Das einleitende Referat hatte Gen. Weber, der zunächst mitteilte, daß, da nunmehr für die Vergütung der A.- u. S.-Räte soweit eine die gesamte Arbeitskraft in Anspruch nehmende Tätigkeit besteht, ein fester Entschädigungssatz vereinbart ist, es nunmehr auch den Arbeiterräten möglich ist, ohne materiellen Nachteil sich an der Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse des Soldatenrats im vollen Umfange zu beteiligen. Ferner teilte Gen. Weber mit, daß die bürgerlichen Parteien Durlachs an ihn mit dem Antrag herangetreten seien, einen sogen. „Bürgerrat" zu bilden und sich an der Tätigkeit des A.- u. S.-Rats zu beteiligen. Sie hätten die Konsequenzen aus der jüngsten Entwicklung der Verhältnisse gezogen und stellten sich rückhaltslos auf den Boden der neuen Volksregierung. Ferner seien vorbereitende Schritte getan zur Bildung eines Bauernrates.

In der Aussprache, an der sich auch Gen. Rückert sowie Gen. Kindermann, Vorsitzender des A.- u. S.-Rats Donaueschingen beteiligten, bemängelten besonders die Mitglieder des Soldatenrats, daß bei der festgesetzten Entschädigung für ihre Tätigkeit Wegfall der Familienunterstützung vorgesehen sei; auch die Mitwirkung des Bürgertums wurde teils im ablehnenden, teils im zustimmenden Sinne besprochen und ebenso auch die Bestrebungen der Spartakusgruppe auf Zurückstellung der Nationalversammlung vorübergehend diskutiert. Schließlich gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

1. Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Gründung eines „Bürgerrats" für den Arbeitsbereich des A.- u. S.-R. Durlach einverstanden und ist bereit, mit demselben solange zusammenzuarbeiten, als er sich rückhaltlos auf unsern Boden stellt.

2. Hinsichtlich der aktiven Mitwirkung des Arbeiterrats in den einzelnen Ausschüssen werden die beiden Vorsitzenden beauftragt, das Nähere zu vereinbaren. F.

Wie die provisorische Regierung entstanden ist,

darüber teilte der Ernährungsminister Stadtrat Trunk in einer Versammlung in Karlsruhe u. a. mit: Es kam in Karlsruhe in den Tagen vom 8. bis 10. November alles so plötzlich, daß es nicht möglich war, von hier nach Freiburg zu telephonieren. Was machen? Samstag vormittag 11 Uhr war eine kurze Beratung und sofortiger Entschluß, abends 6 Uhr einen Wohlfahrtsausschuß für Karlsruhe zu gründen, um schlimmeren Dingen begegnen zu können. Als um 6 Uhr die Besprechung beginnen sollte, war die Sache am Bahnhof schon im Gange und die Herren konnten gerade noch im kleinen Rathaussaal zusammentreten und beschließen: Die Versammlung konstituiert sich als Wohlfahrtsausschuß, da meldeten sich schon die Herren vom Soldatenrat und verlangten rote Flaggen, um die am Rathaus aufstecken zu können. Schon wimmelte der Marktplatz von aufgeregten Leuten. Ich hoffte, daß es mit dem Soldatenrat gehen würde, nachdem das Generalkommando seine Bedingungen gebilligt hatte. Am Sonntag um 9 Uhr wurde ich auf das Rathaus gerufen; dort trat mir Dr. Haas entgegen und sagte: Wir müssen handeln, es ist nicht fünf Minuten mehr Zeit. Wir handelten. Fünf Minuten später waren wir in einem Zimmer, die vier Parteien, die jetzt im Ministerium sind, und nach fünf Minuten war die Ministerliste geschaffen.

Dann traten wir an den Soldatenrat heran und bemerkten, daß dort schon eine Liste geschaffen worden war mit mehr Ministern und wir konnten nur noch in die Reihe treten, und nach drei Minuten war die Liste fertig, wie sie jetzt besteht.

Da betrat Staatsminister Frhr. v. Bodman das Rathaus; die Abordnung, die sich zu ihm begeben sollte, stellte sich ihm dort vor. Es fand eine Besprechung statt und nachmittags halb 3 Uhr war die erste Kundgebung des Großherzogs auf dem Rathaus, von Minister v. Bodman auf ein Stück Papier mit Bleistift geschrieben. Um 4 Uhr wurde die provisorische Regierung proklamiert.

* **Die Vorbereitung der Kriegsteilnehmer für das höhere Lehramt.** Das Unterrichtsministerium hat bestimmt: Den Bewerbern um Zulassung zur Prüfung für das höhere Lehramt kann auf Ansuchen vom Ministerium des Kultus und Unterrichts der im gegenwärtigen Kriege vor Beginn oder vor Vollendung des Hochschulstudiums geleistete Kriegsdienst bis zur Dauer eines Jahres auf das ordnungsmäßige Hochschulstudium angerechnet werden. Den Kriegsteilnehmern kann die Anfertigung der schriftlichen Hausarbeit aus dem Gebiete der allgemeinen Prüfung auf Ansuchen erlassen werden. Das Ministerium behält sich vor, neben der Prüfung im Frühjahr eine außerordentliche Prüfung im Spätjahr abhalten zu lassen. Eine Kürzung des Vorbereitungsdienstes (Probejahres) kann nur ausnahmsweise zur Verhütung besonderer Härten gestattet werden. Die Lehramtspraktikanten werden, wenn sie durch den Kriegsdienst nachweislich an der rechtzeitigen Ablegung der Prüfung oder des Vorbereitungsdienstes (Probejahres) gehindert waren, nach Möglichkeit in die Reihenfolge der früher geprüften und übernommenen Lehramtspraktikanten eingestellt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ibsen.

Der zweite Vortrag im Zyklus der Vorträge über moderne deutsche Dramatik von Dr. Roennecke war Ibsen gewidmet. Nach einer wohlgelungenen Skizze des Lebens des nordischen Dichters mit strenger und glücklicher Ausscheidung alles Nebensächlichen, wandte sich der Redner zu dem Dichter Ibsen. Zwei Wesen wohnten auch in der Brust des großen Norwegers, zwei Wesen allerdings, von denen das eine das andere nicht ausschließt, die vereint aber ein drittes gebären. Der Wahrheitsucher und der Skeptiker. Und aus diesen beiden geht schließlich hervor der Pessimist. Wie diese Wesenheit das Schaffen Ibsens beeinflußt hat, suchte Herr Dr. Roennecke dann im einzelnen nachzuweisen. Es gelang dem Redner sein unerschöpfliches Thema in bewundrungswürdiger Weise zu bewältigen. Ganz Dichter ist Ibsen in seinen drei großen Werken: Brand, Peer Gynt, Kaiser und Galiläer. Das Verstandsmäßige tritt zurück, der Dichter, der Welt und Leben an ihren Grundpfeilern zu erfassen sucht, ist hier allein am Werke. Die drei Dramen werden es auch sein, die Ibsen über das Zeitliche hinausheben werden, obwohl ihnen zum Teil ein epischer Charakter — insbesondere „Peer Gynt" — nicht abzusprechen ist, wozu wir noch bemerken wollen, daß der „Brand" anfangs als Epos (!) abgefaßt war. — Bei der Besprechung der Jugenddramen und bei deren Einreihung in die Romantik vermißt wir ein — wenn auch ganz kurzes — Eingehen auf „Frau Inge auf Oestrat", die für den Dramatiker Ibsen doch nicht ohne Interesse ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das vollständige Unerwähntlassen des „Bund der Jugend" eher gerechtfertigt. — Dem Ibsen der Gesellschaftsdramen wurde nach unserm Dafürhalten der Redner doch nicht ganz gerecht. Daß die Ibsendämmerung anhebt, stimmt. Daß die Probleme, die Ibsen aufdeckt, aber nicht löst, für uns heute wenigstens teilweise, wie die Emmanzipation der Frau — worüber sich allerdings auch streiten läßt — keine Probleme mehr sind, sei auch zugegeben. Aber unterscheiden sich die Gesellschaftsdramen Ibsens von denen des jüngeren Dumas einzig und allein dadurch, daß die Persönlichkeit Ibsen hinter ihnen steht? Sagte doch Herr Roennecke selbst, Ibsen war nicht der Mann, der sich mit „erotischen Problemen" abgab. Und was ist Dumas anderes? Nirgends stellt Ibsen den Kampf zwischen Mann und Weib dar wie Dumas, selbst in „Nora" nicht. Auch sind Ibsens Personen nicht bloße [illegible] die Menschen der Dumasschen Dramen. Mag er auch, wie in „Hedda Gabler" vorgehen wie ein Arzt mit dem Seziermesser, das Erlebnis ist doch überall zu spüren. Und gerade das läßt keinen Vergleich mit den Dramen des Franzosen zu. — Leider zu kurz aber trotzdem sehr gelungen war das Herausarbeiten des Wahrheitsgedankens. Nur das letzte Werk, der Epilog „Wenn wir Toten erwachen" war etwas zu stiefmütterlich behandelt worden. Ist doch keines so wie dieses „ein Gerichtstag über sein eigenes Ich," was doch auch für den Dramatiker Ibsen von besonderer Wichtigkeit ist.

In den schönen Schlußbemerkungen, im Vergleichen mit Strindberg als Dichter, bei dem uns immer das Leben anblickt, während das Denken uns bei Ibsen oft mit Eiseskälte anweht, machte Herr Dr. Roennecke auch einen ganz interessanten Vergleich mit Richard Wagner: Wagner individuell — Ibsen objektiv, und kennzeichnete Ibsen schließlich als den Vater des neuen Dramas. Interessant wäre es noch gewesen, hätte der Redner eine Einreihung Ibsens, als Zwischenglied, das genau die Mitte nimmt in der Reihe Hebbel—Wagner, gebracht. Doch das wird wohl noch eine Aufgabe der kommenden Abende bleiben, denen wir mit Freude entgegensehen. Ganz besonders dankenswert waren die eingestreuten Rezitationen, bei denen Herr Dr. Roennecke sich wieder als Meister der Vortragskunst zeigte. Hat er Ibsen auch als etwas zu düster hingestellt, so hat er es doch ausgezeichnet verstanden, ein plastisches Bild dieses Dramatikers zu entwerfen.

Uns aber sei es schließlich noch vergönnt, auf ein Wort Ibsens hinzuweisen, das er in einer Rede aussprach, und das auch für unsere Zeit nicht ohne Bedeutung ist:

„Namentlich und näher bestimmt glaube ich, daß die Ideale unserer Zeit, indem sie zugrunde gehen, nach dem hinstreben, was ich in meinem Drama „Kaiser und Galiläer" mit der Bezeichnung „Das dritte Reich" angedeutet habe." Mögen die Ideale seiner Zeit untergegangen sein, so bleibt uns sein „drittes Reich".

*

2. **Sinfonie-Konzert der Hofkapelle.** Bach und Beethoven waren die zwei mächtigen Pfeiler, auf denen das Programm des 2. Sinfoniekonzerts der Hofkapelle ruhte. Von Bach brachte als Einleitung zum Konzert Herr Theodor Barner die Fantasie in G-Mo, für Orgel zum Vortrag, technisch mit meisterhafter Sauberkeit das Werk bewältigend, die einzelnen Sätze fein gegliedernd, in der Auffassung von warmer Beseelung durchdrungen, mit einem Ausdruck von schlichter Religiosität, so daß der Vortrag tiefsten Eindruck hinterließ. Als zweiter Solist führte sich der neue Konzertmeister des Hoforchesters Herr Josef Peischer mit der Chaconne von J. S. Bach und dem Violinkonzert von Beethoven ein. Beiden Werken verschaffte Herr Peischer eine vollkommene befriedigende Wiedergabe. Der junge Künstler hat eine glänzende Technik; mit einer geradezu spielenden Leichtigkeit bewältigte er die Schwierigkeiten vor allem des Bachschen Werkes; er ist aber trotz dieser Technik kein Virtuose, denn er gebraucht seine Technik ohne jede Aufdringlichkeit und Manierthaft. Die Schlichtheit des Vortrags, das Fehlen jeder Ziererei, die Natürlichkeit und eine gewisse Selbstverständlichkeit in seinem Musizieren machen seinen Vortrag ungemein sympathisch; beide Werke erfuhren eine prächtige Ausführung. Die Zuhörerschaft dankte mit reichstem Beifall. Im zweiten Teil des Programms spielt das Orchester die Pastoral-Sinfonie Nr. 6 von Beethoven. Herr Cortolezis hatte diesem Hymnus auf die Natur eine sorgfältige Einstudierung zuteil werden lassen, die ganze Wiedergabe atmete Ausdruck der Empfindung, in trefflicher Kleinarbeit waren die verschiedenen Anekdoten, die kostbaren musikpoetischen Einzelheiten ausgefeilt, das Orchester spielte klangschön und folgte willig den Absichten des Leiters, so daß dem zahlreich erschienenen Publikum ein nach jeder Richtung hin befriedigender Genuß beschieden wurde.

Aus aller Welt.

Die Kokarde, die jetzt wieder zur Geltung kommt, hat zum erstenmal in der französischen Revolutionszeit eine große Bedeutung erlangt. Ursprünglich galt die Kokarde in Gestalt einer Rosette auf dem Hute als Erkennungszeichen politischer Parteien und später als Nationalzeichen. In der Revolutionszeit mußte jeder, der nicht als verdächtig gelten wollte, die rote Kokarde tragen. Sogar Reisende, die gar nicht revolutionär gesinnt waren und nach Frankreich oder den Niederlanden reisten, mußten eine Kokarde aufstecken, um unterwegs nicht behelligt zu werden. Seit dem Befreiungskrieg von 1813 führte man auch in Deutschland Nationalkokarden ein, die nach den Landesfarben zusammengesetzt wurden. Damals trug man sie allgemein, um seine Landeszugehörigkeit und seinen Patriotismus zu bekunden. Der Gebrauch nahm aber dann allmählich ab, und schließlich wurden die Kokarden nur noch vom Militär und von uniformierten Beamten getragen. Nach der Reichsverfassung hat in jedem Bundesstaat der Kontingentherr die Landeskokarde zu bestimmen. Die deutsche schwarzweißrote Kokarde wird von der deutschen Marine seit ihrer Begründung geführt, vom Landheer dagegen erst seit 1867 neben der Landeskokarde.

Sozialdemokratie und Revolution.

Die sozialdemokratische Partei hatte auf Samstag Abend ihre Anhänger zu einer öffentlichen Versammlung in den Saal des „Friedrichshofes" eingeladen, die zu den neuesten Ereignissen Stellung nehmen sollte. Die Versammlung gestaltete sich zu einer wuchtigen Demonstration für die Politik der sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Der Saal konnte nicht entfernt alle Besucher fassen und Hunderte mußten umkehren, die keinen Platz mehr fanden. Man hätte mit diesen gut eine gleich starke Parallelversammlung abhalten können, wenn die Möglichkeit dazu gegeben gewesen wäre. Die Kundgebung sollte der Auftakt sein für den Eintritt der Sozialdemokratie in den Wahlkampf zur badischen Nationalratswahl am 5. Januar und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Anfang vielversprechend ist. Schon äußerlich repräsentierte sich die Versammlung in einem andern Bild, als wir von früher gewohnt sind. Es zeigte uns deutlich, daß heute die Partei auf einem breiteren Boden steht. Außer Arbeitern war viel Mittelstandspublikum zu sehen, insbesondere aber viele Frauen. Der Vorsitzende Stadtrat Gen. Eugen Geck begrüßte die stattliche Versammlung mit begeisterten Worten, insbesondere die Frauen, die mit einem gewissen Selbstgefühl in die politische Arena treten dürfen. Wenn die sozialdemokratische Partei erst heute dazu kommt, vor das Forum der Oeffentlichkeit zu treten, nachdem schon die nationalliberale und die Zentrumspartei am gleichen Orte zu den Wählern gesprochen haben, so sei das darauf zurückzuführen, daß die führenden Genossen alle teils in Regierungsstellen sich befinden, teils mit Kleinarbeit überladen sind. Wenn wir früher zu den Wählern gesagt haben, diese Wählerversammlung sei wichtiger wie die frühere, so können wir ihnen heute sagen, diese Versammlung sei wichtiger als alle vorhergehenden zusammengenommen. Man muß schlechterdings den alten Maßstab beiseite legen, um die Wichtigkeit der jetzigen Ereignisse messen zu können, wo es sich darum handelt, die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und zu erweitern.

Das Hauptreferat mit dem Thema „Die Revolution und die badische Nationalratswahl" hatte Justizminister Gen. Marum übernommen, der sich seiner Aufgabe in gewohnt vorzüglicher Weise entledigte. Das zweite vorgesehene Referat mit Stadtrat Gen. Dr. Dietz als Redner mußte ausfallen, da der Referent im Auftrage der Regierung in einer wichtigen Angelegenheit nach Stuttgart und München gerufen wurde. Auf gleicher Höhe wie das Referat Marums bewegten sich die Ausführungen der Diskussionsredner. Möge die gut verlaufene Veranstaltung ein günstiges Omen sein für den Wahlkampf und für den Wahltag am 5. Januar. Möge sie die Textworte des Sozialistenmarsches wahrmachen: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!"

*

Rede des Justizministers Marum:

Werte Genossen, Männer und Frauen!

Es ist ein erhebendes Gefühl, einmal wieder vor einer solchen Versammlung zu stehen. Aber das erste Gefühl ist das einer tiefen Trauer über das Elend, das über Deutschland gekommen ist und über die Zahl der Menschen, die auf den Schlachtfeldern verbluten mußten, damit Deutschland frei wurde. Mit Wehmut gedenke ich der Toten und der Parteifreunde, die nicht mehr da sind, besonders Frank und Kolb. Aber dieses Gefühl der Wehmut bannen wir, wenn wir die Kämpfe führen in Erinnerung an die Männer, die uns vorangegangen sind. Das, was Deutschland und Baden in den letzten 14 Tagen durchlebt haben, ist etwas ungeheuerliches. Wer vor drei Monaten etwa in Deutschland in einer Versammlung gesagt hätte, daß im Verlaufe von drei Monaten es keinen Kaiser, keinen Großherzog und keine Fürsten mehr gäbe, den hätte die herrschende Macht des Militarismus und der Autokratie in ein Narrenhaus gesperrt. Und doch, wie leicht ist es gegangen und wie glatt hat es sich vollzogen; es hat kaum Blut gekostet. Wir hatten eben nur notwendig, das, was schon im Stürzen war, hinabzustoßen. Es zeigte sich, daß der Militarismus ein Koloß auf tönernen Füßen war.

Zwei Faktoren sind es, die das öffentliche Leben Deutschlands beherrschten und knebelten:

die Autokratie der Beamten, die Diener der Fürsten, und der Militarismus,

sie sind erledigt. Heute wollen wir nicht mit ihnen abrechnen, heute gilt es, aufzubauen und zu retten, was gerettet werden kann. So leicht es wäre, Rückblicke zu werfen auf die Vergangenheit, wir wollen den Blick in die Zukunft lenken. Die Macht des Militarismus hat uns dahingeführt, wo wir heute stehen, und es ist das Volk gewesen, das endlich aus dem wüsten Traume aufgewacht ist, das Volk in der Uniform und mit dem Schurzfell. Was wir durchgemacht haben, ist nicht wie 1848 eine Revolution des Bürgertums gewesen, sondern ein Umsturz, der von den Arbeitern und Soldaten durchgeführt wurde. Erst allmählich beginnt das Bürgertum den Willen zur Mitarbeit zu finden. Wir schließen das Bürgertum hierbei nicht aus. Wir haben für die Beseitigung der Knechtschaft nicht deshalb gekämpft, um selbst die Herrschaft auszuüben; unser Ziel ist die Freiheit für jeden gewesen. Dieser Gedanke ist durchaus sozialistisch und er entspricht ganz den Gedankengängen von Karl Marx. Nicht Ablösung einer Klassenherrschaft durch eine andere, sondern

Abschaffung der Klassenherrschaft.

(Lebhafter Beifall.)

In Baden sind elf Männer beauftragt worden, die Geschäfte des Landes zu führen. Gewiß, die uns dazu bestimmt haben, haben sich ein Recht angemaßt, daß eigentlich dem ganzen Lande zustiel. Aber inzwischen sind der neuen Volksregierung so viel Vertrauenskundgebungen geworden, daß wir sagen können, wir stützen uns auf das

Vertrauen des ganzen Volkes.

Das konnte bisher in Baden keine Regierung von sich sagen. Aber wir sind uns klar darüber, daß wir immerhin Diktatoren sind. Die Machtfülle, die in den Händen der Volksregierung vereinigt ist, ist ungeheuer: wir haben die Rechte, die bisher der Großherzog, die Minister und die Erste und die Zweite Kammer hatten. Wir können die Diktatur auf die Dauer nicht behalten, deshalb war es eine der ersten Handlungen der elf Männer, den Wahltag für die Nationalversammlung zu bestimmen. Darum nennen wir uns auch nur die vorläufige Volksregierung und ergreifen nur Maßregeln, die nicht aufgeschoben werden können.

Zwei Aufgaben müssen jetzt dringend gelöst werden, die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die

Ernährung des Volkes sichergestellt

wird. Der Zusammenhang mit der Bauernschaft des Landes ist gefunden. Sie dürfen sicher sein, das badische Volk wird zu essen haben. Die zweite Sorge ist die, wie führen wir das Volk und Baden über die Demobilisierung hinüber, wie sorgen wir für Arbeit und Wohnungsmöglichkeit und wie für diejenigen, die für uns draußen geblutet haben. Daß der Feind von unseren Fluren geblieben ist, ist das Verdienst unserer Soldaten. Die Zukunft, die wir ihnen bieten können, ist nicht rosig, denn Sie wissen, wie unendlich hart die Waffenstillstandsbedingungen sind, die Deutschland von seinen Feinden auferlegt wurden, und wenn es nicht gelingt, die Wagen und Lokomotiven zu ersetzen, die wir abgeben müssen, ist es nicht sicher, wie wir über den Winter fortkommen sollen; aber wir sagen, es muß geschehen, wir sind es dem Volke schuldig, daß wir noch aufrecht zu den Friedensverhandlungen kommen. Meine Sorge ist, daß die Zustände im Reiche und in Berlin es überhaupt nicht möglich machen, zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen. Und da sage ich mit aller Deutlichkeit:

Wir unterstellen uns nicht dem Berliner Straßenterror,

wir betrachten uns als einen Teil des Reiches, aber nicht als einen Teil von Preußen. Das Schicksal von Deutschland wird nicht von Berlin, sondern von dem gesamten Deutschland bestimmt. In Berlin macht man sich offenbar keine Vorstellung davon, wie man im Reiche von der angemaßten Herrschaft zu Berlin denkt. Wir würden es für ein Unglück halten, wenn das Reich auseinanderfiele, aber wir würden es für schlimmer halten, wenn der Feind in unser Land käme und die Felder verwüstete. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß möglichst bald eine Nationalversammlung stattfinden soll. Ein schweizerischer Pazifist hat zu mir gesagt, es wäre gut, wenn noch vor dem 15. Dezember eine Nationalversammlung zusammentreten könnte, weil dann Wilson seinen Einfluß zugunsten Deutschlands ausüben könnte. Gegen den Einwurf technischer Schwierigkeiten sagte er, technische Schwierigkeiten dürften keine Rolle spielen, wo es um Leben und Tod Deutschlands geht. Aus außenpolitischen Gründen müssen wir also bald zu einer Nationalversammlung kommen, aber auch aus innerpolitischen. Denn wir sind Sozialdemokraten und Demokratie ist Gerechtigkeit im weitesten Umfange. Diktatur darf nicht Endzweck sein, sondern nur Mittel zu dem Zwecke, in die neue Zeit hineinzukommen. Wir wollen keine Diktatur des Proletariats, sondern die Befreiung des Proletariats, wir wollen den Sozialismus, aber das heißt nicht Ausschluß derjenigen, die nicht desselben Sinnes sind, wie wir. Den Bolschewismus lehnen wir ab, denn er ist keine Demokratie. Wir sind der Meinung, das Volk soll demokratisch entscheiden und wir werden uns dieser Entscheidung des Volkes unterwerfen. Wir haben die Hoffnung, daß die Zeit des Krieges für uns gearbeitet hat. Den Sozialismus kann man nicht machen, es ist etwas, was organisch sich aufbaut auf dem, was bisher gewesen ist. Was wir tun können, ist

Hinarbeiten zum Sozialismus.

Es gibt heute schon eine Reihe von Betrieben und Wirtschaftsformen, die reif sind, in den Besitz der Allgemeinheit überführt zu werden. Welchen Wahnsinn begehen wir, daß wir die Bodenschätze in die privatkapitalistischen Hände legen! Welchen Anspruch haben die Privatkapitalisten, daß die Wasserkräfte in ihre Hände gelegt werden? Diese Industrien sollen in die Hände der Allgemeinheit übergeführt werden. Jeder muß sich sagen, daß er bei einem solchen Sozialismus nur gewinnen kann.

Bei vielen Arbeitern hat es vielleicht Aufsehen erregt, daß wir in Baden die „freie Volksrepublik" und nicht die sozialistische Republik erklärt haben. Mancher hat sich vielleicht den Uebergang so vorgestellt, daß die Staatsgewalt allein in die Hand der Sozialdemokraten kommen werde. Es ist ein Spiel mit Worten; wenn wir die sozialistische Republik erklärt hätten, wären wir keinen Schritt weitergekommen. Nicht auf das Wort kommt es an, sondern auf den

Geist, in dem die Regierung geführt wird.

Der Geist, in dem die Geschäfte Badens geführt werden, ist sozial im besten Sinne, auch wenn Bürgerliche in der Regierung sind. Wir brauchen die Bauern, wir brauchen auch die Bürgerschaft und die Beamten. Es ist notwendig, daß heute die Staatsmaschine ungehemmt läuft. Wenn wir Bürgerliche in der Regierung haben, dürfen wir überzeugt sein, daß weder die Bürgerlichen noch wir unser Programm aufgegeben haben. Wir wissen nur, daß wir eine Strecke weit zusammengehen können, daß aber die Zeit kommt, wo wir uns schiedlich, friedlich scheiden.

Die Parteien, die wir im Lande haben, sind an Zahl glücklicherweise geringer, als im Reiche. Baden hat wenig mit konservativen Elementen zu tun. Sie heißen sich in Baden überhaupt nicht mehr „konservativ". Sie nennen sich jetzt „Christliche Volkspartei". Ich hätte nun keine Aussicht, dort aufgenommen zu werden (Heiterkeit), aber ich meine, es ist eine Anmaßung, uns das Wort Volkspartei zu stehlen und sich so hinzustellen, als ob man das Christentum gepachtet hätte. Eine andere Partei ist in Baden noch unter die Räder gekommen, die Nationalliberalen. Wer die Zeitung gelesen hat, wird sich wundern, daß die Partei noch einen Aufruf erlassen hat. Der Teil hat schon die Partei verlassen, wie die Ratten das sinkende Schiff, und ist zu der demokratischen Partei übergegangen. Ich glaube, die Partei wird nur etwas zu hoffen haben, wenn sie wirklich demokratische Politik treibt. Das Zentrum ist auch in einer Mauserung begriffen. Es ist im Begriffe, sich umzuwandeln in eine Volkspartei. Das Zentrum hat Volk. Seine Politik wurde aber bisher von Adeligen gemacht; heute scheint es sich umzubilden zu einer bäuerlichen und kleinbürgerlichen Volkspartei. Wir wollen das begrüßen, denn es kann nicht genug Demokraten geben und es gibt viele ehrliche Demokraten in der Zentrumspartei. Wir haben die politische Staatsform des Landes geändert. Es wäre etwas unmögliches gewesen, daß Baden allein eine Monarchie im Strudel der deutschen Republiken gewesen wäre. In dem Moment, wo wir die Republik durchführen konnten, haben wir es getan. Ich bin froh auf die würdige Art und Weise, in der es uns in Baden gelungen ist, uns mit der Monarchie und dem Monarchen auseinanderzusetzen. In Baden konnten wir um so eher ohne Bitterkeit von der Monarchie Abschied nehmen, als wir die Empfindung hatten, daß der Monarch in Baden nicht persönlich an dem Gang der Dinge schuld ist. Wir hatten unseren Grund für eine ruhige Beseitigung der Monarchie, als der Thronfolger sich um die Demokratisierung Deutschlands große Verdienste erworben hat. Jetzt haben wir den Volksstaat, die Republik, und

dabei soll es bleiben.

Ich rufe Sie alle auf mitzuwirken für das Volk. Wenn wir die Freiheit im Innern wahren, dann wird es uns gelingen, zu einer Zukunft zu kommen, die besser ist, als die Vergangenheit. Nur wenn wir uns zusammentun für die große Idee, die wir verfechten, werden wir die Möglichkeit haben, etwas zu erreichen. Dann werden wir die Macht haben, die Macht des Kapitalismus zu brechen, wie wir die Macht des Militarismus gebrochen haben. Der Sozialismus ist eine Frage der

sittlichen Weltanschauung.

Wir Sozialdemokraten sind keine Materialisten, sondern Idealisten. Menschen, die einem Ideal nachjagen: Freiheit, Gerechtigkeit und Brot sind unsere Ziele. Aber wie der alte Greulich gesagt hat: Brot für alle fleißigen Hände, keiner sei des andern Knecht! Für diese Ziele rufe ich Sie auf, an dem Wahltage und in den kommenden Wochen einzutreten. (Stürmisches, langanhaltender Beifall.)

*

Freie Aussprache.

Als erster Redner in der Diskussion sprach Herr Malzer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Derselbe wies auf das große Mißverhältnis hin zwischen dem, was bisher den Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten immer versprochen wurde, und dem, was sie sofort nach Schluß des Krieges erfahren müssen. Eine große Karlsruher Gesellschaft der Versicherungsbranche hat es z. B. letzter Tage fertig gebracht, den bei ihr angestellten Kriegsteilnehmern zu sagen, sie möchten sich um eine andere Stelle umsehen mit dem Hinweis auf den ungünstigen Ausgang des Krieges. Auch bei der Stadt werden in einzelnen Aemtern die Kriegsteilnehmer nicht so aufgenommen, wie man es erwartet hatte und eine staatliche Stelle hier hat sich geäußert, daß bei ihr eine Einstellung von Kriegsinvaliden prinzipiell nicht erfolge. (Hört, hört!) Die Kriegsinvaliden sehen also mit schwerer Sorge der Zukunft entgegen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten steht auf dem Standpunkt, daß der gesetzliche Einstellungszwang verlangt werden muß. So lange einer im deutschen Reiche ist, der heute mehr Geld hat wie vor dem Kriege, so lange müssen auch die Mittel vorhanden sein, um für die Kriegsbeschädigten zu sorgen. Wir vertrauen auf die Sozialdemokratie, die von jeher für die wirtschaftlich Schwachen eingetreten ist. Wir stehen fest hinter der vorläufigen Regierung, lehnen den Bolschewismus ab und verlangen baldige Einberufung der Nationalversammlung. (Beifall.)

Gen. Dr. Kullmann gibt hierauf dem Vorredner namens der sozialdemokratischen Partei die Versicherung, daß es für sie heilige Pflicht ist, in erster Linie für die Kriegsbeschädigten einzutreten. Mit eine der Hauptursachen unseres Zusammenbruches war die Tatsache, daß sich die Kriegsgewinnler schamlos aus der Not des Volkes bereichert haben und wir müssen dafür sorgen, daß diese ungeheuren Summen wieder der Allgemeinheit zugeführt werden. (Bravo!) Die Monarchie ist in Deutschland für immer erledigt. Wir haben es am eigenen Leibe gespürt, was ein Volk unter dem monarchischen Prinzip, wo der Monarch dazu noch von verbrecherischen Elementen sich beraten läßt, zu erdulden hat. Wer heute politisch umgelernt hat und sich offen zur Sozialdemokratie bekennt, braucht sich nicht zu schämen. Schon allein der Unsinn müßte jeden vernünftigen Menschen von einem Monarchisten zum Republikaner machen, daß ein neugeborenes Kind eine ungeheure künftige Machtfülle mit in die Wiege gelegt bekommt. Die neue Zeit kann es nicht dem Zufall überlassen, daß alle hundert Jahre einmal ein Genie auf den Thron kommt. Wir wollen keine Diktatur. Was wir wollen, ist eine Regierung, die von dem Willen der Volksmehrheit getragen ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind eine Art Vorparlament. Sie haben bis jetzt ihre Herrschaft nicht mißbraucht. Es liegt ja nahe, denjenigen recht zu geben, die geneigt sind, jetzt den Stil umzudrehen und zu sagen: Wir haben so lange unter der Klassenherrschaft gestanden, findet euch jetzt mal gefälligst mit der Klassenherrschaft des Proletariats ab. Aber wir können das Ideal nicht aufgeben, das ganze Volk sein Geschick bestimmen zu lassen. Wir wollen das Endziel des Sozialismus nicht durch Gewalt erreichen. Jeder monopolreife Betrieb muß verstaatlicht werden, dazu gehören alle Aktiengesellschaften. Wir gehen mit Optimismus in den Wahlkampf. Ein Volk, das sich in der Revolution so bewährt hat, kann nicht untergehen. (Lebh. Beifall.)

Als letzter Redner nahm noch der Verkehrsminister in der vorläufigen Regierung, Gen. Rückert, das Wort, um im Interesse der Frauen an die stattliche Versammlung zu sprechen. Er bemerkte zunächst, daß wir schwere Zeiten zu überwinden haben werden, denn der Militarismus hat das Volk zu einem Bettlervolk gemacht. Die neue Regierung kann nur sagen: Wir werden arbeiten müssen und wenn wir darben müssen, so wird dafür gesorgt werden, daß alle darben. Das herrlichste Geschenk der Revolution ist die Errichtung der Gleichheit der Geschlechter, womit ein schöner Traum der Frauen erfüllt wurde. Die Frauen haben das in den vier Kriegsjahren reichlich verdient. Der ganze Kapitalismus zusammen hat in sittlicher Beziehung nicht geleistet, was eine Arbeiterfrau in dieser Zeit leistete. Das Frauenwahlrecht ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Männer müssen jetzt die Frauen aufklären, damit sie sich dieses Geschenkes würdig erweisen. Die Aufgaben, die an uns herantreten, sind riesengroß, wir können sie nur mit Hilfe der Frauen lösen. Die Frau ist letzten Endes dazu berufen, die großen Hoffnungen des Sozialismus zu erfüllen. Darum fasse an die Arbeit, fasse. (Beifall.)

Hierauf wurde folgende

Entschließung

mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die heute im „Friedrichshof" zahlreich versammelte weibliche und männliche Wählerschaft stimmt den Ausführungen des Redners des Abends zu. Sie unterstützt die vorläufige Volksregierung in Baden und verpflichtet sich, dazu beizutragen, daß an den bisherigen Errungenschaften der Revolution nicht nur festgehalten, sondern diese weiter ausgebaut werden. Sie unterstützt auch die gegenwärtige Reichsregierung und verlangt dringend die sofortige Einberufung der deutschen Nationalversammlung."

Mit einem kräftigen und eindrucksvollen Appell an die Versammlung, mitzuarbeiten, aufzuklären und sich zu organisieren, schloß der Vorsitzende Gen. Geck die glänzend verlaufene Veranstaltung.

*

Eine Versammlung der „Unabhängigen."

Am Sonntag morgen fand im „Kolosseum eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie statt, in der an Stelle des verhinderten Gen. Adolf Geck der Minister für militärische Angelegenheiten in der badischen Volksregierung Gen. Brümmer über die gegenwärtige politische Lage sprach. Den Bericht über die Versammlung müssen wir des Raummangels wegen auf morgen zurückstellen.

Heute abend Frauen-Versammlung

abends 8 Uhr in der „Krone" (Ecke Douglas- und Amalienstraße, bei der Hauptpost).

Tagesordnung: „Die Neuordnung und die Frauen."

Alle Frauen sind eingeladen.

Aus der Partei.

Bruchsal, 25. Nov. Morgen Dienstag abend 8 Uhr findet in der „Neuen Sonne" eine Mitglieder-Versammlung statt mit sehr wichtiger Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist unbedingt notwendig.

Berlin, 25. Nov. In Barmen setzten sich die Rechtssozialisten wieder in den Besitz der ihnen von den Unabhängigen abgenommenen „Freien Presse".

WTB. **Beuthen**, 24. Nov. Der Bergarbeiterstreik hat sich fast auf das ganze oberschlesische Kohlenrevier ausgedehnt und überall einen recht erheblichen Umfang angenommen.

Gerichtszeitung.

Eine Schwindlerin. Die Ehefrau Georg Schmidt Frieda geb. Häfele aus Heidelberg hat bei 40 Personen, kleinen Leuten, Arbeitern, Witwen u. a. Geldbeträge von insgesamt 100 000 Mk. erschwindelt. Die Strafkammer in Heidelberg verurteilte sie zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis.

Der Bräutigam. Der Arbeiter Julius Meßmer unterhielt mit einer Kriegerwitwe ein Verhältnis. In ihrer Abwesenheit stieg er mit drei Soldaten in die Wohnung der „Braut" ein, stahl ihre Kleider und machte sie zu Geld, das sofort in Alkohol umgesetzt wurde. Die Strafkammer in Mannheim verurteilte den schon zimal Vorbestraften zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Der Bombenanschlag gegen die Lonzawerke bei Waldshut hat jetzt seine gerichtliche Sühne gefunden. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hatte im Frühjahr 1917 der Chef der französischen Spionageorganisation M. Mougeot den Kaufmann Julius Fricker in Belliard und den Fabrikarbeiter Karl Zahnd von Guggenberg gegen eine Belohnung von 5000 Fr. dafür gewonnen, die Lonzawerke in die Luft zu sprengen. Der Anschlag mißlang jedoch, da eine der mit Sprengstoff gefüllten Büchsen vorzeitig explodierte. Bei der in Basel vor dem Bundesstrafgericht abgehaltenen Verhandlung wurde festgestellt, daß die vorgefundenen Bomben mit französischem Armeesprengmaterial gefüllt waren. Der Anstifter des Anschlags, Mougeot, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Dieselbe Strafe erhielt der Kaufmann Fricker, während Zahnd vier Jahre Zuchthaus erhielt.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe, 25 November.**

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion. Morgen Dienstag, nachm. 5 Uhr Sitzung im kl. R.-S. Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

Einschränkung des Verbrauchs von Gas und elektrischem Strom. Die wachsenden Schwierigkeiten in der Beschaffung von Kohlen zur Erzeugung von Gas und elektrischem Strom haben den Stadtrat veranlaßt, auf das nachdrücklichste die Einhaltung der entsprechenden Verordnung des Reichskommissars für Elektrizität und Gas zu fordern. Wie aus der Bekanntmachung des Stadtrats zu ersehen ist, sind sowohl die Abnehmer von Gas wie die Stromabnehmer verpflichtet, ihren Gasverbrauch und den Verbrauch elektrischer Arbeit, Licht- und Kraftstrom, in weitestgehendem Maße einzuschränken. **Gasabnehmer** sollen bis auf weiteres insgesamt nicht mehr als 80 Prozent ihres Bezuges von 1918 erhalten. Für alle Ueberschreitungen ist ein Aufgeld von 50 Pfg. für jeden Kubikmeter Mehrverbrauch zu bezahlen. Aehnliche Bestimmungen sind auch für den Verbrauch von Elektrizität getroffen. Besonders wichtig sind die Bestimmungen, nach denen jede Schaufenster- oder sonstige Reklamebeleuchtung verboten ist. Ebenso ist verboten das Brennen von Leuchtflammen und Kochereinrichtungen zu Raumheizzwecken, die Benützung von Gasbadeöfen und anderen Warmwasserbereitern, die mit Gas oder Elektrizität geheizt werden. Bei Nichtbeachtung der Vorschriften ist nicht allein die **Absperrung** der Zuleitung zu gewärtigen; es sind auch hohe Strafen für Zuwiderhandlungen vorgesehen (Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mk). Aber ganz abgesehen von diesen Zwangsmaßnahmen, sollte es jedermann als Pflichtsache ansehen, durch **freiwillige** Einschränkung des Verbrauchs von Gas und Elektrizität mitzuwirken zur Ueberwindung der großen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Gas und Elektrizität. Wenn es nicht gelingt, den Kohlenverbrauch der städtischen Werke möglichst rasch um ein bedeutendes einzuschränken, ist zu befürchten, daß das Gas- und Elektrizitätswerk für einige Zeit ganz **stillgelegt** werden müßte. Das würde von unabsehbaren Folgen für das gesamte Gewerbe- und Wirtschaftsleben unserer Stadt sein.

* **Der Wunsch nach wasserdichtem Schuhwerk** drängt sich besonders lebhaft in dieser Zeit auf; denn der Sommer hat uns verlassen und der Herbst mit seiner Feuchtigkeit ist da. Mancher Vorsichtige hat daran gedacht, sich ein Paar derbe Stiefel oder ein kerniges Stück Leder zurückzulegen; aber nur die wenigsten haben „Beziehungen" und selbst die Vorausberechnungen der eifrigsten Hamster wirft die Dauer des Krieges über den Haufen. Leder gehört in erster Linie den kämpfenden Truppen; für die Zivilbevölkerung ist jetzt schon eine empfindliche Lederknappheit eingetreten. Diese wird sich ständig verschärfen und wird nach Friedensschluß noch Jahre hindurch anhalten. Deshalb, so schreibt man uns, hat die Reichsregierung schon seit vielen Monaten eine dem Reichswirtschaftsamt unmittelbar unterstellte Kriegsorganisation eingerichtet, die nichts anderes zu tun hat, als Ersatzstoffe für Sohlen auszuproben, bevor sie in den Verkehr gebracht werden.

Das Wort „Ersatz" hört niemand gern; in diesem Falle darf man aber doch Vertrauen dazu haben. Die emsige Arbeit der deutschen Technik hat einen Ausweg auch aus der Sohlennot gefunden. Es sind jetzt bereits Ersatzsohlen im Verkehr, die zwar nicht alle bequemen Eigenschaften des Leders besitzen, aber in dem wichtigsten, Wärme und Wasserdichtigkeit, den Ledersohlen nichts nachgeben. Sperrholzsohlen (leichtes Holz und Lederabfälle) und Holzhalbsohlen haben sich bereits in Stadt und Land gut bewährt; das heißt, wenn sie **sachgemäß verarbeitet** worden sind. Dieser Punkt ist so wichtig, daß die erwähnte Kriegsbehörde in Berlin sogar eine eigene Lehrwerkstätte für die Verarbeitungsweise der Ersatzsohlen errichten mußte, in der Schuhmacher aus allen Gegenden Deutschlands sich mit der Holzsohlenverarbeitung vertraut gemacht haben. Sie haben in der Heimat die neuerworbenen Kenntnisse auch an ihre Fachgenossen weitergegeben. Nur Vertrauen gefaßt zu den Kriegssohlen! Wer sie trägt, ist vor nassen und kalten Füßen sicher.

Hochherzige Spenden. Von einem Mitbürger, dessen Name nicht genannt werden soll, wurden dem Oberbürgermeister 1000 *M* übergeben, die zu Spenden für die heimkehrenden Krieger der hiesigen Garnison verwendet werden sollen. Es wäre wünschenswert, wenn dieses Beispiel von Opferwilligkeit Nachahmung finden würde, da von seiten der Stadt beabsichtigt ist, jedem hier wohnhaften heimkehrenden Krieger eine kleine Liebesgabe zu überreichen. Dazu bedarf es aber erheblicher Mittel, da für diese Gaben mindestens 15 000 Krieger zu berücksichtigen sind. — Die Firma Gebr. **Weill** in Graben übersandte dem Oberbürgermeister 5000 Zigarren zur Verteilung an die vom Felde heimkehrenden Krieger.

Luxeum. Auf dem neuen Programm der Luxeumlichtspiele ab heute sieht man die bekannte und beliebte Künstlerin Leontine Kühnberg in ihrem neuesten Filmwerk „Der Narr hat sie geküßt", ein dramatisches Lebensbild aus dem Artistenleben in fünf Akten. Melitta Petri, Leo Peukert und Herbert Paulmüller sind die Hauptdarsteller in dem zweiaktigen Lustspiel „Logierbesuch in der Sommernacht".

Residenztheater, Waldstraße zeigt Samstag einschl. Dienstag abermals Henny Porten in dem Lustspiel „Die Heimkehr des Odysseus"; die übrigen Darsteller sind die Herren Bruno Decarli, Justus Glatz, Rudolf Siebrach, Artur Bergen, und Frl. Marie Fuchs. Außerdem wird das Detektiv-Schauspiel „Das Vermächtnis des Hauses Moore" viel Anklang finden.

Kolosseum. Maths Bauerntheater wird ab heute Montag bis mit Donnerstag, den 28 November, den Hans Neuerschen Possen-Schlager „D'Welt geht unter" zur Aufführung bringen, worauf hiermit besonders hingewiesen sei.

Der Badische Landeswohnungsverein und der Badische Landeswohnungsrat haben ihre Büroräume aus der bisher innegehabten Privatwohnung, Douglasstraße 11, nach dem **Ständehaus**, Ritterstraße 22, 2. Stock, verlegt. Fernsprechnummer bleibt 5121; die Bürozeit ist durchgehend von 8—4 Uhr. Der Landeswohnungsrat und Wohnungsverein gehen dadurch mit gutem Beispiel voran, daß Behörden und Büros in öffentliche Gebäude überfiedeln und dadurch Privatwohnungen für Zivilpersonen frei werden.

Die süddeutschen Arbeiter- und Soldatenräte und die Reichsregierung.

Die Delegation badischer Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin wurde vom Zentralausschuß badischer Arbeiter- und Soldatenräte verständigt, daß Bayern, Württemberg und die Rheinlande mit uns im Einverständnis die jetzige Regierung gegen die Spartakusgruppe unterstützen, daß im Falle einer Regierung Liebknechts Berlin ausgeschaltet und der Sitz der Regierung nach Mitteldeutschland verlegt werden soll. Die Delegation antwortete, die Verhältnisse in Berlin seien beruhigend. Die Räteregierung ist noch stark, Liebknechts Anhang aber zu schwach, um sie zu gefährden.

Wasserstand des Rheins.

Maxau 8,02 Mtr., gef. 2 Ztmr., Mannheim 1,92 Mtr., gef. 4 Ztm.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kabel; für Badische Politik, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Bruchsal. (Sozialdem. Verein.) Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr in der „Neuen Sonne" **Mitglieder-Versammlung.** 5822

Statt weiterer Anzeige.

Heute früh 5 Uhr verschied nach kurzer Krankheit unser liebes Kind und Schwesterlein

Anneliese

im Alter von 4 Monaten. 5814

Es bitten um stille Teilnahme

A. Leicht und Familie.

Forchheim, 23. November 1918.

Der Einwohnerschaft Hagsfeld Tausend Dank

der uns sehr lieb gewordenen Gemeinde für die herzliche Aufnahme und gute Bewirtung während der Tage unserer Unterbringung in Hagsfeld. Der Abteilung werden die Hagsfelder Tage in steter Erinnerung bleiben. 5818

v. König

Hauptmann und Abteilungsführer der I. Abteilung Sächsisches Feld-Artillerie-Regiment Nr. 77.

Verschiedenes **Schreinerwerkzeug**, Fournierböcke, Holzabschnitte usw. zu verkaufen. Zu erfragen Luisenstraße 35 a 1, 8 bis 10 Uhr vormittags. 5816

Hosenschneider sucht 5747 **W. Wolf jr.** Kaiserstraße 82 a.

Schuhmacher-Maschine sowie **Singer-Nähmaschine** zu verkaufen 5806 Weintraub, Kronenstraße 52.

100 Postkarten 3, 4, 6 M. Blum.-, Kopf-, Landsch.-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 M., Prachtsortiment 7.50 M., Weihnachts-, Neujahrskarten 3, 4. 5. 6 M. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Frauensektion.

Am Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, in der „Krone", Ecke Douglas- und Amalienstraße, bei der Haupt post

Frauen-Versammlung.

Tagesordnung:

Die Neuordnung und unsere Frauen.

Hierzu laden wir unsere Genossinnen mit dem Ersuchen zahlreich zu erscheinen höfl. ein. 5768

Der Vorstand.

Gesucht werden für unsere orthopädische Schuhmacherei eine größere Anzahl

Schäftemacher, Leistenrichter und Bodenarbeiter

zum sofortigen Antritt und dauernde Beschäftigung. Angebote schriftlich oder persönlich an die 580

Lehrbetriebe für Industriearbeiter G. m. b. H.

beim Reservelazarett Ettlingen i. Baden.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Höchst- und Richtpreise

Gültig in der Zeit vom 25. Nov. bis 1. Dez. 1918 einschließlich für die Stadt Karlsruhe und die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe.

Gemüse	Pfg. Pfund	Gemüse.	Pfg.
			Pfund
Rotkohl	70 80	Bodenkohlrabi	8
			Stück
Blumenkohl	70	Kopfsalat	3 20
Winterkohl	15°		8 20
Rotkraut	30	Endiviensalat	Pfund
Weißkraut	11	Feldsalat	40
Wirsing	20	Sellerie mit Kraut	25
Spinat	24°	" ohne Kraut	45
Schwarzwurzeln	100	Lauch	30
Speisemöhren, rot	15°	Schnittkohl	15
" gelb	10	Mangold	15
Karotten, lange u. runde	20	Meerrettig	60—90
Rüben, rote	15°		Stück
" weiße	4	Rettig	8—15
Kohlrabi	32°	Radieschen, Wiener und	Bund
		Ungarische	8—12

Bei allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen hat die Preis- und Qualitäts-Weise auf festem Material zu erfolgen.

Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die mit der Wochenmarkte ist, muß den Beginn während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise.

Karlsruhe, den 22. November 1918. 5817

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Karlsruher Volksschule.

Die im Gymnasium, Seminar I und II, in der alten Akademie, Oberreal- und Goetheschule, im Pädagogium Wiehl und Vereinshaus der Weststadt untergebrachten Klassen nehmen Dienstag, den 26. November, 2.30 Uhr ihren Unterricht wieder auf.

Das Volksschulrektorat. 5811

Die Badische Landwirtschaftskammer

veranstaltet am Dienstag, 26 November d. J., vormittags 11 Uhr, in Pforzheim-Brötzingen eine Abgabe einer

größeren Anzahl Pferde

Zugelassen zur Abgabe sind nur Landwirte und Gewerbetreibende, die eine bürgermeisteramtliche Bescheinigung darüber vorlegen, daß sie zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes Pferde dringend benötigen.

Wiederverkäufer und Händler sind von der Abgabe ausgeschlossen. Stricke und Halfter sind mitzubringen. 5813

Volkswehr.

In Rastatt soll eine Volkswehr gegründet werden. Zu dieser sollen Leute, die auf dem Boden der neuen Regierung stehen, und dann solche, die vom Felde zurückkommen, eingestellt werden.

Die Entschädigung beträgt 10 Mark pro Tag. Meldungen nimmt Arbeiterratsmitglied **Otto Otter** zum „Rappen" entgegen. 5815

Auch Leute aus der Umgegend von Rastatt können sich melden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Rastatt.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Walter Halske, Friseur, Witwer, 34 J. alt. Heinrich, 14 J. alt, V. Wilhelm Schlothauer, Maschinenmeister. Wilhelm König, Kaufmann, Ehemann, 64 J. alt. Hermine Allinger, 46 J. alt, Ehefrau von Christian Allinger, Monteur. Johanna Wagner, 61 J. alt, Witwe von Valentin Wagner, Modellschreiner. Bernhard Warth, Kaufmann, Witwer, 66 J. alt. Hermann Becker, Bürogehilfe, 16 J. alt. Anneliese, 19 Tage alt, V. Friedrich Berken, Mechaniker. Wilhelm Kuhn, Zugrevisor a. D., Ehemann, 68 J. alt. Luise Bauer, 61 J. alt, Witwe von Wilhelm Bauer, Schriftsetzer. Wilhelmine Pflüger, 57 J. alt, Ehefrau von Josef Pflüger, Hallenmeister. Elisabeth Dittmar, 50 J. alt, Ehefrau von Gustav Dittmar, Kaufmann.

Eheaufgebote. Johann Müller von Krautheim, Privatmann hier, mit Ella Wille von Einbeck. Franz Herlemann von hier, Schlosser hier, mit Luise Ahlert von hier.

Eheschließung. Robert Schrein von hier, Laborant hier, mit Katharina Berner geb. Kappel von Neustadt.

Städt. Strassenbahn-Fahrplan

Gültig ab 25. November 1918 bis auf weiteres.

Aenderungen jederzeit vorbehalten.

Linie	Strecke	Wagenfolge in Minuten	Erste Fahrten um Uhr Wochen-, Sonn- und Feiertags	Letzte Fahrten Wochen- und Sonntags	Anmerkungen
1	Durlach—Rheinhafen	5 ab 8 Uhr abends 10	6^{06} 6^{16} 6^{21} 6^{26} 6^{31}	10 Minuten-Folge 8^{06} bis 9^{11}	10^{11} 10^{21} 10^{31} 10^{36} bis Schlachthof; 9^{44} 9^{54} 10^{04} — letzte Wagen ab Marktplatz
	Rheinhafen—Durlach		5^{59} 6^{09} 6^{19} 6^{29} 6^{34} 6^{39} usw	8^{14} bis 9^{49}	9^{59} 10^{09} 10^{19} 10^{29} bis Schlachthof; 9^{55} 10^{05} 10^{10} — letzte Wagen ab Marktplatz
2	Schlachthof—Mühlburg über Ettlinger-Strasse—Hauptbahnhof—Karl-Strasse	10	5^{28} 5^{38} 5^{48} 5^{58} 6^{08}	bis 8^{08}	ab Hauptbahnhof: 5^{47} 5^{57} 6^{07} usw. 8^{07} 8^{17} 8^{27} — erste Wagen, letzte Wagen nach Mühlburg
	Mühlburg—Schlachthof über Karl-Strasse—Hauptbahnhof—Ettlinger-Strasse		6^{02} 6^{12} 6^{22} 6^{32}	bis 8^{57}	ab Hauptbahnhof: 6^{35} 6^{45} 6^{55} usw. 8^{52} 9^{02} 9^{15} — erste Wagen, letzte Wagen nach Schlachth.
4	Friedhof—Hauptbahnhof über Karl-Str.	10	6^{35} 6^{35} 6^{45} 6^{55}	bis 9^{05}	
	Hauptbahnhof—Friedhof über Karl-Str.		6^{06} 6^{13} 6^{23} 6^{33} 6^{43}	bis 8^{53}	letzte Wagen ab Hauptbahnhof nach Schlachthof 9^{13} 9^{23} 9^{33}
6	Hauptbahnhof—Kühler Krug über Ettlinger-Str.—Kaiser-Strasse	10	6^{03} 6^{13} bis 8^{53}	9^{03} 9^{13} 9^{23} bis 10^{03} nach Hardt-Strasse	10^{13} 10^{23} über Ettlingerstrasse nach Schlachthof.
	Kühler Krug—Hauptbahnhof über Karl-Strasse		6^{00} 6^{10} 6^{20} bis 9^{20}	ab Hardt-Strasse	nach Hauptbahnhof 9^{31} 9^{41} 9^{51} 10^{01}; nach Schlachthof 10^{11} 10^{21} 10^{31}
7	Hauptbahnhof—Kühler Krug über Karl-Strasse	10	6^{01} 6^{11} 6^{21}	bis 10^{01}	10^{11} 10^{21} über Karlstrasse nach Schlachthof.
	Kühler Krug—Hauptbahnhof über Kaiser-Strasse—Ettlinger-Strasse		6^{05} 6^{15} 6^{25}	bis 9^{55}	10^{05} 10^{15} 10^{25} nach Schlachthof.
8	Hauptbahnhof—Krankenhaus über Ettlinger-Str.—Kaiser-Strasse	10	5^{58} 6^{08} 6^{18}	bis 9^{58}	10^{08} 10^{18} 10^{28} über Ettlinger-Str. nach Schlachthof
	Krankenhaus—Hauptbahnhof über Kaisser-Str.—Ettlinger-Strasse		6^{10} 6^{00} 6^{00}	bis 9^{50}	10^{02} 10^{12} 10^{22} nach Schlachthof.

Die Wagen bis mit 9^{52} ab Hauptbahnhof haben Anschluss am Marktplatz an letzten Wagen nach Durlach und Rheinhafen.
Letzter Wagen nach Durlach ab Marktplatz 10^{10}, letzter Wagen nach Rheinhafen ab Marktplatz 10^{04}.

Anmerkung: Frühwagen in Richtung Hauptbahnhof fahren:

ab Durl. Tor	5^{32}	5^{40}	5^{43}	5^{47}	5^{48}	über Ettlinger-Str.	Fahrzeit 18 Min.
„ Marktplatz	5^{37}	5^{44}	5^{47}	5^{51}	5^{52}	„ „ „	8 „
„ Hauptpost	5^{41}	5^{52}	6^{00}	6^{12}	6^{14}	„ Karl-Str. „	8 „
„ Mühlb. Tor	6^{03}	6^{19}	6^{19}	6^{22}	6^{24}	„ „ (Ettl.-Str.) „	13 (17)
„ Friedhof	6^{38}	6^{38}	6^{48}	6^{58}	7^{06}	„ „ „	22 Min.

ab Rheinhafen	5^{52}	6^{00}	6^{18}	6^{30}	6^{34}	über Karl-Str.	Fahrzeit 27 (31) Min
„ Kühler Krug	6^{00}	6^{08}	6^{10}	6^{18}	—	„ (Ettl.-Str.) „	20 (24) „
„ Stösser-Str.	6^{10}	6^{20}	6^{00}	6^{40}	—	„ „ „	21 (25) „
„ Mühlbg. (Rathaus)	6^{04}	6^{22}	6^{34}	6^{02}	—	„ „ „	21 (25) „

Nach Möglichkeit erhalten die Triebwagen Anhänger.
Linien 3, 5 und 9 sind eingestellt. 5797

Fahrzeiten

ab **Durlach** in Richtung **Rheinhafen.**

	einzeln	zusammen
Durlach	0	0
Durlacher Bahnhof	7	7
Schlachthof	7	14
Durlacher Tor	4	18
Marktplatz	5	23
Post	4	27
Mühlburger Tor	3	30
Schiller-Strasse	2	32
Hardt-Strasse	7	39
Rheinhafen	5	44

ab **Rheinhafen** in Richtung **Durlach.**

	einzeln	zusammen
Rheinhafen	0	0
Hardt-Strasse	5	5
Schiller-Strasse	7	12
Mühlburger Tor	2	14
Post	3	17
Marktplatz	4	21
Durlacher Tor	5	26
Schlachthof	4	30
Durlacher Bahnhof	7	37
Durlach	7	44

Karlsruhe, den 25. November 1918.

Städtisches Bahnamt.

Verwaltung und Kasse: Tullastrasse 71, Fernsprecher Nr. 5330 u. 5331.
Fundbüro: Tullastrasse 71, Fernsprecher Nr. 5332.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat **April 1918** unter Nr. 35[illegible] bis mit Nr. **5017** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **5. Dez. 1918** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 5810

Karlsruhe, 25. Nov. 1918.

Städt. Pfandleihkasse.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 31, 1 Tr.
Plüschmäntel
Tuchmäntel 5070
Seidenmäntel
Paletots, Röcke
Jackenkleider, Blusen
PELZE
Plüschgarnituren
— Keine Ladenspesen. —
Den ganzen Tag geöffnet.

Brennholz,
Buchen und Eichen, zum Strecken der Kohlen, Forlen, Tannen (Anfeuerholz) amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Abgabestelle: Gerwigstr. 53.
Fr. Kempermann.
Tel. 5206 u. 1504.
Brennholz-Sägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik. 5084

Ia Taschenlampen-Batterien
stets vorrätig. 5634
Ernst Marx
Luisenstraße 58.

Starke Arbeitsstiefel
mit Lederbesatz gibt zu Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen ab 5798
Schuhflickerei Bad. Frauenv.
Waldstraße 13.
Geöffnet von 8—¾1 Uhr und ½3—6 Uhr

Tüchtiger
Modellschlosser
zu sofortigem Eintritt gesucht. 5790
Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe
Karlsruhe (Baden).

Uhren-
Reparaturen werden unter Garantie pünktlich und billig ausgeführt
Josef Klaus, Uhrmacher
Rüppurrerstraße 20.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

COLOSSEUM
Waldstr. 16/18 Telefon 1938.
Heute und folgende 3 Tage:
Der Possen-Schlager
D'Welt geht unter.
Anfang 8 Uhr. 5808

Kohlensaure Bäder aus natürlicher Kohlensäure ohne Essenzen hergestellt. Mit bestem Erfolg angewendet bei Nervenerkrankungen, Neuralgien, Frauenkrankheiten, Magen- u. Unterleibsleiden, Herzaffektionen etc. Vollkommene Gebundenheit der Kohlensäure mit dem Badewasser, kein Geruch! — Vorzügliche Wirkung! 4429 **Friedrichsbad** 136 Kaiserstrasse 136

Uebe meine Praxis wieder persönlich aus.
Röntgen-Laboratorium 5807
Zahnarzt Heinsheimer
Kaiserstr. 189 Fernsprecher 594.

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund".

Unentgeltliche ärztliche
Mütterberatungsstunde
für das
Kleinkind im Alter von 2 bis 6 Jahren
findet statt: 5809
am Dienstag, den 26. November, abends ½6 Uhr, Steinstraße 20.
Badischer Frauenverein, Abteilung VI.

Arbeiter
ob Fach-, angelernte oder ungelernte, meldet Euch sofort beim 5769
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstraße 100
da zahlreiche Aufträge vorliegen.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 1. bis 12. Nov. Emilie, V. Wilhelm Kniel, Wachtmeister. Christof Wilhelm, † V. Christof Hufschmidt, Fabrikarbeiter. Klara Hilda, V. Franz Adolf Kiemle, Maschinenarbeiter. Hildegard Lisa, V. Karl Heinrich Gunkel, Vizewachtmeister.

Eheschließungen vom 2. bis 9. Nov. Johannes Schneider, Witwer, Zigarrenmacher hier, und Albertina Riedmatt von Karlsruhe. Gustav Roth, gesch. Werkmeister, und Lina Bader von Frankfurt a. M. Johann Baptist Hueber, Stoffdrucker hier, und Sophie Speer von Grötzingen.

Sterbefälle. Johann Josef Vetter, Druckereiarbeiter, ledig, 19 J. alt, Musketier. Hermine Gimmel, Hilfsarbeiterin, ledig, 18 J. alt. Heinrich, V. Karl Rau, Weichenwärter, 20 Mon. alt. August Klautmann, Büchsenmachers-Witwe, Maria Ludowika geb. Weber. Richard Heidecker, Friseur, ledig, 19 J. alt, Musketier. Christof Hufschmidt, Fabrikarbeiter, Ehemann, 31 J. alt. Heinrich Georg Friedrich Traut, Rechnungsrat, Ehemann, 55 J. alt. Franziska, V. Franz Gustav Adolf Krautt, Kaufmann, 19 Mon. alt. Emil Lindenfelser, Maschinenschlosser, Ehemann, 41 J. alt, Kanonier. Sophie Kohler, ledig, 28 J. alt. Elisabeth, † V. Jakob Kirschner, Fabrikarbeiter, 4 J. alt. Waldemar von Kunzendorff, Student, ledig, 24 J. alt, Gefreiter. Luise Friederike Weißmann, ledig, Fabrikarbeiterin, 19 J. alt. Gustav Schwander, Feldhüter, Ehemann, 38 J. alt. Laura Lucie Emilie Zunzer, ledig, 25 J. alt. Friedrich Wilhelm Brunn, Witwer, Privatier, 82 J. alt. Friedrich Max Wagner, Kaufmann, ledig, 31 J. alt, Gefreiter.